

Flüecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Flüecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierseitige Petition oder deren Raum 20 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pf., anständige Anzeigen 50 Pf. — Interate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 282.

Dienstag, den 3. Dezember 1907.

14. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die grüne Fahne der Regierung.

Aus Wien wird uns geschrieben:

Dr. P. Die Preise der Lebensmittel steigen ins Unermessliche auch in Österreich. Dank einer verkehrten Wirtschaftspolitik ist es glücklich soweit gekommen, daß jede Zufuhr von Bier und Getreide aus dem Osten völlig aufgehört hat, und da die österreichische Landwirtschaft allein nicht imstande ist, den Bedarf zu decken, überdies auch viel österreichisches Getreide und Bier ins Ausland geht, sind die Preise für die Lebensmittel kaum mehr zu erschwingen. Aber in dieser Zeit der Not hat die Regierung es für nötig befunden, sich durch einige neue agrarische Minister zu verstärken und sich offen als agrarische Regierung zu deklarieren. In den Städten und auf dem Lande protestiert die Bevölkerung in sozialdemokratischen Massenversammlungen gegen die agrarische Hungerpolitik der Regierung und in einzelnen Orten Böhmen hat es bereits Hungerkampfe gegeben, bei denen es zu Zusammenstößen mit Gendarmen gekommen ist.

Da hat nun die sozialdemokratische Fraktion im Parlement zwei Dringlichkeitsanträge eingebracht, die Maßregeln gegen die Feuerung verlangen. Einführung überreichen Fleisches, Herabsetzung der Lebensmittelzölle, Festlegung von Maximallisten für Lebensmittel, verlangt der Antrag Schrummel als Maßregeln zur vorläufigen Linderung der Not und der Antrag Renner gibt ein weit-ausschauendes Programm zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktion und zur Regulierung der Erzeugung und Zufuhr von Lebensmitteln. Ein einzelnen wird hier verlangt: Gesetze über die Zusammenlegung landwirtschaftlicher Grundstücke, Regelung der Benutzungs- und Verwaltungsrechte an gemeinschaftlichen Grundstücken, Regelung und Ablösung der Serviten, Alpenabzugsgesetze, Reform des Jagdrechts, Herauszierung der Staatsgüter, Errichtung staatlicher Schlechthäuser an den Grenzen, Unterstützung bürgerlicher Viehverwertungsgenossenschaften unter gleichzeitiger Ausrichtung des Brüderhandels, Regelung der Apprivoisierung in den Gemeinden, Aufhebung der Linienvorzehrungssteuer in den Städten, Herabsetzung der Konsumsteuern.

In fünf Sitzungen hat nun das Abgeordnetenhaus eine ausführliche Debatte über diesen Gegenstand abgeführt und die Sozialdemokraten haben in einer Reihe großer Reden die Bevölkerung zum Kampf gegen die Agrarier aufgerufen und die Volksfeindlichkeit und Schädlichkeit der agrarischen Politik aufgezeigt. Namentlich Genosse Dr. Renner hat in einer Rede, die bedeutendes Aufsehen erregte, das Agrarprogramm der Partei entwickelt. Er hat auch darauf hingewiesen, daß Österreich in den letzten Jahrzehnten aus einem Agrarstaat zu einem Industriestaat geworden ist. Im Jahre 1880 gehörten noch 62 Proz. der Bevölkerung der Landwirtschaft an, 1890 nur 56 Proz., 1900 nur noch 52 Proz. und in den letzten sieben Jahren der industriellen Hochkonjunktur hat sich das Verhältnis noch mehr zu Ungunsten der Landwirtschaft verschoben. Das ist ganz besonders unter den Deutschen der Fall, wo schon 1900 von 1000 Personen nur 335 in der Land- und Forstwirtschaft tätig waren, so daß deutsche Politik in Österreich Industriepolitik, Sozialpolitik sein muß. Und dann erklärt er, warum die Sozialdemokratie sich auch um die Verhältnisse auf dem Lande kümmern muß: „Aus Interesse für die Volksernährung ist es an der Zeit, uns die ländlichen Verhältnisse anzusehen. Nicht aus theoretischer Neugierde oder „Aroganz“, sondern weil wir vom Lande nichts mehr hereinbekommen und weil wir vom Lande leben müssen, müssen wir uns fragen: Was geht denn da draußen vor? Wir kommen ganz objektiv hinaus, denn wir sind ja von dort hereingekommen. Sehen Sie in die Fabriken und zählen Sie Mann für Mann: und neunzig von hundert sind Bauernkinder: Diese Arbeiter in den Fabriken, diese Arbeiter in den Städten wundern sich nun, daß sich ihre Väter zu einem Kreuzzug gegen die städtischen Arbeiter führen lassen. Sie fragen, was in die Gehirne ihrer Väter gegangen ist, daß sie die Schutzeinheit für das Großkapital und die Reaktion abgeben. Wir interessieren uns für die Dinge draußen auf dem Lande zunächst vom Gesichtspunkte der Produktionsförderung; wir wollen, daß viel und billig erzeugt und dabei doch auskömmliche Arbeitslöhne erhalten werden.“

Und dann zeigte Genosse Renner, daß die Politik der Agrarier nicht der Masse der ländlichen Bevölkerung, sondern nur den Großgrundbesitzern und den großen Bauern hilft, und er schreibt: „In dieser klar gegebenen Situation heißt es vor uns einen Ministerpräsidenten, der das Ministerium agrarisiert, einen Finanzminister, der die indirekten Steuern erhöhen zu müssen glaubt. Man sagt uns ein agrarisches Gesamtkabinett vor, das, auch wenn

es wollte, nicht imstande wäre, der agrarischen Demagogie Widerstand zu leisten. Und in dem Moment, wo alles nach Kulturpolitik, nach moderner Politik, nach einer Politik der Wissenschaft und Technik schreit — setzt man den Herrn Gehmann, den berufsmäßigen Schulverbeiter, hierher! Gegenüber einem solchen Kabinett können wir nicht an uns halten, um nicht sofort den Kampf auf der ganzen Linie zu beginnen. Wir brauchen ein Ministerium der industriellen Entwicklung, ein Ministerium der Fortbildung unserer ganzen Volkswirtschaft, ein Ministerium, das bewußt eine Politik der Bildung und Wissenschaft macht, ein Ministerium, das allerdings auch den nationalen Fragen nicht mehr aus dem Wege geht, sondern sie eründlich ansieht. Aber ein Ministerium der organisierten öffentlichen Feuerung, ein Ministerium des Agrarismus und Clerikalismus vertragen wir nicht mehr und gegen dieses Ministerium sind wir bereit zu kämpfen und wir sind neugierig, wie es die vielen Elemente dieses Hauses, die aus Städten gewählt sind, verantworten werden, ein Ministerium zu unterstützen, das eine Politik führt, die diametral den Interessen ihrer Wähler entgegengesetzt ist. In dem Moment, wo eine wirtschaftliche Krise über uns hereinzubrechen droht, rufen die Agrarier: gebt uns höhere Preise, rufen die Großgrundbesitzer: erhöht unsere Rechte, rufen die Kapitalsmagnaten: erhöht unseren Profit! Wir aber haben in dieser Situation kein anderes Wort und keine andere Bitte als: „Gebt uns unser tägliches Brot“!

Die Antwort des Ackerbauministers war einfach kläglich. Man hatte nach der Rede Renners die Sitzung geschlossen, damit der Minister Zeit habe, sich vorzubereiten. Aber der christlich-soziale Herr Dr. Ebenhoch wirkte außer den alten Mängeln von der Verfeuchung des ausländischen Viehstandes nichts zu antworten, als daß er sich ausdrücklich für einen Minister der Agrarier erklärte. „Ich habe“, sagte er, „auf diesem Posten nichts anderes zu tun, als die Interessen der Landwirtschaft auf das schärfste zu vertreten. Wenn Dr. Renner den Deutschen in Österreich rät, als Gebot nationaler Politik Industriepolitik zu machen, so antworte ich: Für die deutsche Bauernschaft deutsche Agrarpolitik. Das ist für mich das Maßgebende. Vor etlichen Tagen hat jemand von einer grünen Fahne der Bauernschaft gesprochen. Jawohl, meine Herren! Die grüne Fahne der Bauernschaft weht auf den Zinnen des Ackerbauministeriums. Daß diese Fahne nicht niedergeholt werde, das soll meine heiligste Pflicht und Sorge sein.“

So sprach der Ackerbauminister und außer den Sozialdemokraten hat sich keine Partei gegen eine solche Ansichtung gewehrt. Die Christlichsozialen, die Deutschnationalen und die anderen bürgerlichen Parteien schickten nur ihre agrarischen Mitglieder ins Gesetz. Aber die Bewegung in der Wählerschaft hat doch die Folge gehabt, daß außer bei den Christlichsozialen alle städtischen Abgeordneten für die Dringlichkeit der sozialdemokratischen Anträge stimmten. Ja selbst die Altdutschen, die tschechischen Klerikalen, die Ruthenen, die polnische Volkspartei als Vertreter der Kleinbauern, die die Leben mittelverteilung selbst verstanden, stimmten darin. Die Christlichsozialen waren die einzige Partei, die geschlossen dagegen stimmte, daraushin auch 17 Wiener Abgeordnete, die aus Hass gegen die Sozialdemokratie und aus Angst, daß ihre Minister fallen könnten, ihre Stimme für die Fleisch- und Brotwucherer abgaben. So erhielt der Antrag 207 gegen 192 Stimmen, also nicht die für die dringliche Behandlung erforderliche Zweidrittelmehrheit. Die Abstimmung der Christlichsozialen entfesselte einen Sturm nicht nur auf den Bänken der sozialdemokratischen Abgeordneten, sondern einen noch weit größeren Sturm aus der Galerie. Die Galerie wurde mit Gewalt geräumt, aber seit des Badenitages vor zehn Jahren hat die Galerie nicht so einmütig demonstriert, wie heute. Selbst der Teil des Galeriepublikums, das seine Karten von den Christlichsozialen Abgeordneten erhalten hatte, beteiligte sich an der Demonstration.

Die Dringlichkeit wurde also abgelehnt, aber es ist von nicht zu unterschätzender Bedeutung, daß der Antrag doch die einfache Mehrheit erhalten hat. Damit ist wohl am besten das Märchen von der klerikalen Majorität des Parlaments widerlegt und wenn das Ministerium es sich befallen lassen sollte, agrarische Politik machen zu wollen, wird es noch recht traurige Erfahrungen machen. Das Abgeordnetenhaus ist übrigens in Österreich noch nicht die legitime Instanz. Jetzt wird das Volk zu sprechen haben. Die sozialdemokratische Fraktion wird ein Manifest an die Bevölkerung erlassen und der Kampf gegen die Lebensmittelvertreter wird nun angehen. Man wird ja sehen, wie lange Parlament und Regierung dem Ansturm des Volkes, das von der Sozialdemokratie geführt wird, Widerstand zu leisten vermögen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Petitionskommission des Reichstags hat eine Petition des Dienstboten-Vereins Nürnberg über die Abschaffung der Gefindeordnung und Gefindebücher, über Unterstellung der Dienenden unter die Gewerbeordnung, Ausdehnung aller Versicherungsgezeuge auf sie, Gewährung eines gesetzlich gesicherten vollen Koalitionsrechts, Einführung eines gesetzlich geregelten Arbeitstages, Vorschriften über die Schlafräume, welche verschließbar sein müssen, Aufhebung der Verpflichtung, Hausangehörige mit ansteckenden Krankheiten zu pflegen, Einführung von paritätischen Stellennachweisen dem Reichskanzler als Material überweisen.

Zum Reichsvereinsgesetz.

Der eine Blockbruder, der Konservative, gebärdet sich recht unzufrieden ob des Reichsvereinsgesetzes, das Bülow dem liberalen Blockbruder als Paarungsgeschenk darreicht. Das Gesetz, das, auch abgesehen von Ausnahmeparagraphen gegen die fremdsprachige Bevölkerung, ein ernstes Polizeigesetz und keineswegs ernsthaft liberal ist, gilt der „Deutschen Tageszeitung“ als viel zu liberal, als nicht reaktionär genug. Herr Dertel bewundert „den Mut“ der Regierung, der „dazu gehört, gerade in der jetzigen Zeit ein solches Gesetz vorzuwählen.“ Alle Schutzwähler, so jammert er, sollen preisgegeben werden, die Polizei solle nicht einmal mehr das Recht haben, Versammlungen von vornherein zu verbieten — was bekanntlich selbst in Preußen auch bisher nicht der Fall war! —, und vor allem sei es ganz schrecklich, daß auch Minderjährige zu politischen Veranstaltungen Zulass haben sollen. Erstrecklich malt Herr Dertel die Gefahren, die von solchen „Überfehlheiten“ erwachsen würden, und er erklärt: „Wer alles das erwägt, der wird uns nachempfinden, wenn wir offen aussprechen, daß uns diese Bestimmungen des neuen Entwurfes und ihre erstaunliche Begründung nicht unbeteiligt, sondern geradezu erschüttert haben.“ Sie bekunden einen Mangel an Verständnis für die Zeichen der Zeit, wie wir ihn für ganz unmöglich eracht hätten.“ Also, der gute Herr Dertel ist geradezu erschüttert und nicht einmal Bülow und Bethmann haben Verständnis für die Zeichen der Zeit, nur Herr Dertel ist der Verständnisreiche. Herr Dertel schließt seinen Klageartikel mit der Ankündigung: „Die Parteien der Rechten werden sich gewissen Neuerungen, die innerlich begründet sind, nicht entgegenstemmen, aber unbedingt notwendige Schutzwähler einzureihen, das kann man ihnen nicht zumuten.“ Herr v. Bülow wird also noch irgend eine agrarische Liebesgabe darausgeben müssen, um die konservativen Herrschaften zur Blockpflicht zu gewinnen.

Geringe Ansicht.

Die Aussichten, daß der freisinnige Antrag auf Änderung des preußischen Landtagswahlrechts noch vor der Weihnachtspause zur Verhandlung kommt, sind sehr gering. Die Schuld an der weiteren Hinauszögern der Angelegenheit liegt an der Regierung. Die Staatsregierung will, wie verlautet, zu dem freisinnigen Wahlrechtsantrag in einer bestimmt formulierten Erklärung Stellung nehmen. Über den Inhalt dieser Erklärung ist man sich aber noch nicht völlig einig. In Betracht kommt dabei auch der Ministerwechsel, der sich im Ministerium des Innern vollzogen hat. Auch dem Kaiser muß in der Sache Vortrag gehalten werden, dieser ist ja aber gegenwärtig nicht in Berlin! Außerdem entschuldigen sich die Herren Kessels mit der Unabkömmlichkeit wegen der parlamentarischen Arbeiten im Reichstage.

Die Freisinnsmänner werden über diese Verschiebung ihres Wahlrechtsantrages gerade nicht sehr erbost sein.

Warnung vor kolonialen Optimismus?

Selbst ein entagiertes Kolonialblatt, wie die „Berliner Neuesten Nachrichten“, sahen sich veranlaßt, vor allzu großem kolonialen Optimismus zu warnen. Sie schreiben:

Nun mehr ist Herr Dernburg in sein Amt zurückgetreten, und damit beginnt eine neue Epoche in unserer Kolonialpolitik, in der die großen Hoffnungen, die in der Zeit der nationalen Bewegung des Reichstagswahlrechts von dem Leiter unserer Kolonialverwaltung erwartet wurden, auch verwirklicht werden müssen. Wir zweifeln nicht, daß Herr Dernburg sich der großen Verantwortung bewußt war, die er auf sich nahm, als er unter Einsicht seiner Person die Bürgschaft für den Erfolg einer Kolonialwirtschaft übernahm, welche neue und vielleicht große Opfer vom Reich erfordert. Das Maß der Verantwortung liegt eben in der so engen Verbindung von national und kolonial, daß ein Erfolg schlag auf letzterem Gebiet auch der allgemeinen Politik enthebt, die Kreise föhren könnte. Wir wissen nicht, ob die Eindrücke, die Herr Dernburg in den letzten Monaten in der österreichischen Kolonie gewonnen hat, einen Optimismus und seine Willen zu einem Schwanken

nach oben oder unten gebracht haben; es ist seine berechtigte Eigentümlichkeit, von seinen Gedanken und Plänen vorzeitig so wenig wie möglich verlaufen zu lassen. Wenn er oder nur nach Rücksicht in sein Amt die Erfüllung seiner Zusagen durch Maßnahmen in den Kolonien verwirklichen will, ohne daß neue Rücksläge eintraten, wie wir sie so oft zum Schaden der Sache erlebt haben, so glauben wir in voller Übereinstimmung mit wirtschaftlichen Kenntnissen des Landes vor einem zu weitgehenden Optimismus und vor jeder Überhastung warnten zu müssen. Unsere Kolonialpolitik verträgt heute keine Rücksläge mehr, die aus dem Verlust großer investierter Kapitalien etwa entstehen können.

In dieser Auslösung ist auch nicht uninteressant, daß die "Berliner Neuen Nachrichten" Herrn Dernburg und seinem mutmaßlich allzu großen Optimismus die Ansicht von wirklichen Kenntnissen des Landes gegenüberstellen! Das Blatt ist also nicht allzu sehr davon überzeugt, daß Herr Dernburg sich auf seiner afrikanischen Spritze eine wirkliche Kenntnis der Verhältnisse angeeignet hat!

Der Freiheit und der Sprachenzwang.

Zu dem Sprachenzwang im Reichsvereinsgesetzvorschlag nimmt das offizielle Parteiorgan der Freisinnigen Volkspartei, die "Frei. Zeit.", in so eigenartiger Weise Stellung, daß man darin nur die Vorberichtigung einer Zustimmung sehen kann. Nach Darlegung des Gedankenganges der Begründung des Sprachenganges in der Vorlage schreibt das genannte Blatt folgendermaßen:

"Es wird der nächsten Beratung im Vordrage (muß heißen: Reichstag, R. d. L. B.) überlassen bleiben müssen, zu untersuchen, in welchem Umfang die hier mitgeteilten Anträge zutreffend sind, und ob und wie weit es nötig ist, die Frage der Sprache in den Verhandlungen gleich zu regeln. Sowenig man bisher darüber kann, erscheint es allerdings nicht unbillig, wenn die Polizeibehörde in den Stand gesetzt sei will, zu kontrollieren, was in öffentlichen Versammlungen gesprochen wird. Die Möglichkeit der Kontrolle würde aber weglassen, wenn die Verhandlungen in einer Sprache fänden, der der überwundene Politizismus nicht folgen kann. Damithin muß die Angelegenheit mit den größten Sorgfalt behandelt werden, um transitorische Zusammensetzung, die in Zukunft als eine gute Deutsche gezeigt haben, nicht dem Staatsgedanken zu entziehen und um nicht in anderen Rädern den Nationalitätenkampf noch zu erhöhen. In Summa ergibt sich, daß der Sprachengesetzvorschlag vielen Richtungen hin für die neuen Bundesstaaten einen Fortschritt bringt, daß aber Änderungen in einzelnen erforderlich sein werden, um den der Vorlage zugrunde liegenden Gedanken der National- und Volksvereinigungsträger deutlicher zum Ausdruck zu bringen."

In der Redaktion der "Freisinnigen Zeitung" steht man danach bereits von allen Gründen des Liberalismus verloren zu sein. Ein wirklich reales Verhandlungsfeld noch allen liberalen Grundlagen darf keine Polizeiaffäre sein. Das aber gar es nicht mögliche der Polizei sondern der Nationalitäten sein soll, die polizeiliche Kontrolle zu ermöglichen, jenach auch dem verdeckten Liberalismus steht. Wenn die Polizei das Recht hat, um in die Angelegenheit der Staatsbürgertum einzutreten, so mag sie auch verlangen die Mittel dazu haben. Das aber Staatsbürgertum auf das Recht des Gedenks der Nationalitäten verzichten sollen, damit die Polizei in die Möglichkeit der Kontrolle verfügt werde, das kann wohl nur von einem ausgesprochenen Reaktionär erfordert werden: aber ein Liberaler Meister eines "Schrammels" kann das auf die Kanone.

Und nun gut die kleine Unterprüfung bezüglich der preußischen Staatsangehörigen. „Sie sind sicher kein als gute Deutinge geführte haben.“ Nur der entsprechende will das „zurück“. Organ die langjährige Prüfung! So kann nach endgültigem Schluß „Gedenktag“ der Gedenktag für die gleichberechtigte Behandlung der Staatsbürgertum? Diese wichtige Tatsache der „Liberalismus“ noch aufmerksam soll die Staatsangehörigen, welche die wichtigste liberales Seite ausgewählten Seiten durch die damaligen Regierungen und Behörden erhalten haben, diese nach letzter Rechnung leicht bemerkbar machen können die „gute Gewissheit“.

Rechte wahrnehmende Freisinnige freuen sich dem bedauern über die „für die „gute Gewissheit“ ausreichende“ Forderung, mit dem nationalen Staatsbürgertum ist es nun darüber.

Der Tod der Nationalliberalen.

Einer der am wichtigsten empfundenen Sitzungen des nationalen Reichstages war der nationalliberale Abgeordnete Dr. Becker, ein Mann, der ganz nach den Regeln des Nationalliberalismus arbeitet. Keiner darf wichtige Positionen nach behaupten annehmen soll. In der Suppenküche trifft sich nicht nur ein Deutscher, sondern auch der Nationalliberaler Becker, der nicht nur einen Deutschen, sondern auch die Staatsangehörigen, welche die wichtigste liberales Seite ausgewählten Seiten durch die damaligen Regierungen und Behörden erhalten haben, diese nach letzter Rechnung leicht bemerkbar machen können die „gute Gewissheit“.

Der frühere nationalliberalen Staatsangestelltenverein für Sachsen-Anhalt, Dr. Becker, der Reichstag zu Ende der zweiten Sitzungszeit, das Amtmann des Nationaldemokratischen Klubs zu Halle berichtet, wurde darüber informiert, daß es nicht erlaubt ist, das Reichstagswahlrecht zur Wiederherstellung der Nationaldemokratie zu verwenden. Der Nationaldemokrat ist ein Nationaldemokrat, der nicht nur einen Deutschen, sondern auch die Staatsangehörigen, welche die wichtigste liberales Seite ausgewählten Seiten durch die damaligen Regierungen und Behörden erhalten haben, diese nach letzter Rechnung leicht bemerkbar machen können die „gute Gewissheit“.

spielen zu lassen, die sie zu ihrem Bedauern dank der Einsicht des Zentrums zur Zeit noch nicht spielen können. Auch das wird Herr Dr. Becker erfahren, daß an ein Zusammengehen mit den Nationalliberalen gegen die Sozialdemokratie im Kreise Offenbach-Dieburg kaum mehr gedacht werden kann, sobald man von liberaler Seite unter den Zentrumswählern zu wählen beginnt."

Die Sozialdemokratie wird bei diesem Streit zwischen den früheren Freunden der lachende Dritte sein und sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, den Rabbi sowohl als den Mönch zu kennzeichnen.

Heimarbeiterisch und Handelsinspektoren.

Die Gewerbekommission der Zweiten bayerischen Kammer beantragte, der Reichstag solle die Regierungen erlauben, beim Bundesrat für die Schaffung eines gesetzlichen Heimarbeiterisches und für die Ausdehnung der Gewerbeinspektion auf die Heimarbeiter einzutreten; ferner für die Unterstellung des Handelsgewerbes unter die Gewerbeinspektion unter Hinzuziehung von Angestellten aus dem Handelsgewerbe.

Auch bei den Blockgrößen dämmert es!

Der freisinnige Volkspartei Müller-Meiningen, der noch vor wenigen Tagen der Blockpolitik begeisterte Elogen sang, hat über Nacht eine andere Meinung bekommen. Er ist unter die Missvergnügten gegangen und läßt sich in der letzten Nummer der "Leipziger Illustrierten Zeitung" als Gegner des Blocks vernichten. Unter anderem führt diese Freisinnungsgruppe jetzt folgendes aus:

"Es ist den linksliberalen Parteien unmöglich, ihre Wähler davon zu überzeugen, wenn man ihnen nicht durch vertrauliches Rückicht wertigstens in staatsbürglicher und kultureller Richtung entgegenkommt. Justizreform und Reichsvereinigung sind die Orte, an denen zunächst geprägt werden müssen. Jedes kleinste heilsame um den Kleinsten Fortschritt scheint frühzeitig Verdonkenheit. Wenn nicht Komplizen auf anderen Gebieten, die in der Richtung liberal-konstitutioneller Staatsausbildung liegen, gewährt werden, können die links-liberalen Parteien ohne die größten Gefahren für die Sache die Politik des 13. Dezember nicht mitmachen. Wer das verfehlt, deutet das Resultat des letzten Wahlauftrittes falsch. Das erste sogenannte Reformgesetz, das Majestätsbeleidigungsgesetz, hält der Art nicht stand; es ist ein Maßstab geworden, das zeigt, wie wenig großzügig das Reichsministerium, dem der Entwurf entstammt, zu arbeiten gesonnen ist.

Dazu die preußische Wahlrechtsfrage, ohne deren Lösung durch Bekämpfung des Dreiklassenwahlrechts eine Zusammenarbeit mit der Rechten auf unüberwindliche Schwierigkeiten hört. Das Verbot, die bisherige sozialpolitische Richtung nun einzurichten, kostet die endlichen Regeln der Sozialrechtsrechte noch unerträglicher. Wie wird dazu die Rechte reagieren? Einmal ist der Reichskanzler noch von Erwartungen und Vereinfachung auf dem Gebiete des Haarmanns. Davon ist es nötig, um so mehr erwartet man im Volke energischere Maßregeln zur Bekämpfung der verhakten Soldatenmehrhandlungen.

Auf der ganzen Linie Differenzenpunkte. Eine Regierung, die wenig Initiative zeigt, wird der Situation unmöglich Herr werden. Schon der kurze Überblick zeigt, vor welcher Kriegerarbeit der Reichskanzler und die Führer der Mehrheitsparteien stehen.

Unter der einzigen Devise „Aushebung des Zentralen“, fürchte ich, können wir derzeit auf unserer Fläche nicht mit der Polizei einen Blockabschluß errichten. Dazu fehlt bisher viel zu sehr der Besitz, den die preußische Regierung, die auch weiterhin gewöhnlich Einschlüsse die Schule überlässt, das Zentrum erneut zu bestimmen bereit ist. Ob die Verbindung der Führer dieser Volksvereinigungsländer liegt aber mehr in den Händen der Regierung als bei den liberalen Parteien. Dies ist erfoben mit Sicherheit: steht doch das liberale Bürgeramt in seinen Errungenschaften auch diesmal stolz dahin. Dann wird im Jahre 1912 die Sozialdemokratie glänzend weiter gemacht werden."

Da aber Bölow durch seine letzten Gesetzesvorlagen hervorragend gezeigt hat, daß er den Agrarien zuliebe nicht im mindesten irgend eine wirklich libertale Forderung anerkennt, so wird Herr Müller-Meiningen wohl bald vor der politischen Erkenntnis stehen, daß die Freisinnigen bei der Beziehung nicht nur die Blamieren sind, sondern bei dem nächsten Wahlkampf auch wohlerdient die Kosten der ganzen Sozial-Politik zu tragen haben werden. Die Schließpfernung der oben zitierten Anfertigung Müller-Meiningens trifft sicher den Kern der Sache und kennzeichnet die Konsequenzen der Blockpolitik bei den nächsten Wahlen.

Der Zade wird verbraunt.

Herr Stöcker redet noch ab und zu, um daraus zu entnehmen, daß er noch nicht gestorben ist. Und Herr Stöcker sollte es selbstverständlich darauf abzulegen, die Lücke auszufüllen, die durch die Forderung des Dreiklassengesetzes plötzlich in Düsseldorf gerissen worden ist. Wenigstens kommt daraus deutlich eine Füde hin, in der es sich über den Molter-Haber-Prozeß wie folgt erfreut hat:

"Sie kann uns nun die cruenten Ereignisse, die in

der letzten Zeit so oft wieder geschehen sind, zu mitleiden mit? Sie haben mir Jahren ein immer starker wachsendes Interesse beobachtet, besonders von dem deutscheren Frieden zu erneutern, den § 175 des Strafgesetzes aufzugeben, die Strafe für solche Verbrechen abzuschaffen, wie es in Frankreich und Italien schon geschah in die Voraus, die ich nun ja abgeprägt habe, und zwar dem Willen der Regierung gefügt, so wie man kann sagen, daß ein ehrliches Aufheben dieser Strafe wohl keine Städte mehr ist, sondern doch noch sehr gewiß wäre, um eine Verkürzung zu bringen. Gegen waren je so viele Gebiete wieder der Wiederaufbau des Friedens, das ja auf diesem Gebiet nochmals verhindert ist, gesetzt, da hat Gott im Leinen Verträge geschafft, das Geschwür und Bruderschaften haben. Aber das nicht geschehen, so wie man wirklich in die städtische Jagd gegangen ist, das ist Gott, das ist man unmöglich, so wie der Übertrüben den Vorfall des Frieden-

so wie der Frieden darüber, in der erneut Friede dorft, daß die Zahl nicht ist. Sie sind an allem schuld. Die Gebote Hochzeit und Gnau und wer sonst von den verschiedenen Trägern der Gnade an den gewissen Tag in der Wissenschaft bisgekommen hat, sind

alles Süden! Und schon der Name: der Liebenberger!!

Rußland.

Eine zeitgemäße Statistik. Man schreibt der "Russ. Korr." aus Petersburg: Die Verhängungspolitik fährt fort, ihre segensreiche Tätigkeit auszuüben. Überall werden mit besonderer Gewissenhaftigkeit alle Überreste der Revolution, alles, was nur an die blutigen Freiheitsstage erinnern kann, vernichtet. Die Statistik des letzten Monats kennzeichnet die unglückliche Lage Russlands. Im letzten Monat sind von den Kriegsgerichten 204 Personen zum Tode verurteilt worden, von denen 74 auch hingerichtet wurden. Die Todesstrafe ist erlegt worden: durch lebenslängliches Zuchthaus bei 8 Personen, durch Zuchthaus bei 9 Personen, insgesamt waren es 149 Jahre Zuchthaus. Das Zuchthaus wurde durch die Todesstrafe erlegt bei einer Person in Kiew, die zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war. Der letzte Monat hat sich demnach durch eine erschreckend hohe Anzahl von Todesurteilen ausgezeichnet. Es wurden zum Beispiel zum Tode verurteilt: im Juni 110 Personen, im Juli 151, im August 107, im September 145. Hingerichtet wurden: im Juni 30 Personen, im Juli 108, im August 62, im September 40 Personen. In anderen harten Strafen wurden im letzten Monat wegen sogenannter politischer Verbrechen 989 Personen verurteilt. Außerdem wurden unter Anklage verurteilt: 21 Redakteure der oppositionellen Presse. 20 Zeitungen und Zeitschriften sind auf administrativem Wege unterdrückt worden. Auf administrativem Wege wurde schließlich eine Geldstrafe von 25 450 Rubeln der Presse auferlegt.

Afrika.

Zuluaufstand in Südafrika. Aus Natal kommen plötzlich Nachrichten, aus denen ersichtlich ist, daß die kriegerischen Zulustämme im Aufstand sind. Der Grund ist noch nicht bekannt. Ledeburk seien die Kolonialbehörden die Sache als sehr ernst an, denn es sind erhebliche Streitkräfte mobil gemacht worden. Zunächst wurden reguläre Truppen, Kavallerie und Artillerie, von Pietermaritzburg aus nach dem Zululand geschickt, um die Polizei bei ihren Operationen zur Unterdrückung der dort herrschenden Unruhen zu unterstützen. Aber diese Macht genügt offenbar nicht, denn die gesamte Miliz der Kolonie Natal ist einberufen worden; sie hat sich an ihren Standorten zu versammeln und weitere Befehle abzuwarten. Die Miliz soll auf volle Kriegsstärke gebracht werden. Wie weiter aus Pietermaritzburg gemeldet wird, wird Oberst McKenly die Operationen gegen die Zulus leiten. Dinizulu, der des Hochverrats angeklagt wird, soll festgenommen und, wenn er Widerstand leisten sollte, sein Kraal in Grund und Boden geschossen werden. — Es fragt sich nur, ob das so leicht zu bewerkstelligen ist. Die Zulus sind nicht zu verachtende Gegner und haben in früheren Jahrzehnten den Engländern schon manche Schlappe beigebracht.

An die Tabakarbeiter Deutschlands.

Auf die Schanzen! So rufen wir allen Tabakarbeiter Deutschlands zu. Ob organisiert, ob nicht organisiert, ob Hirsch-Duncker'sche Gewerbeverein oder christlichen Verbände, dem deutschen Tabakarbeiterverband oder dem Verband der Zigarettenförderer usw. angehörig. Sie alle rufen wir auf, Stellung zu nehmen zu der in Aussicht stehenden Neubelastung des Tabaks resp. der Tabakindustrie. Iwar liegt noch kein positiver Gelehrtenwurf vor, gegen den wir uns insbesondere wenden können, aber zweifellos plant die Reichsregierung eine Übertragung. Neben den verschiedenen Äußerungen, welche Obiges beweisen, brauchen wir nur das Bezeichnendste herauszugeben, und das ist folgende Äußerung der "Freisinnigen Zeitung":

"Es ist jetzt leider fraglos, daß das Reichsschahamt mit einer Mehrbelastung des Tabaks umgeht, und ebenso unterliegt es, nach dem, was wir von verschiedenen Seiten erfahren, einem Zweifel, daß diese Mehrbelastung in Gestalt einer Bandolensteuer erfolgen soll. Der Reichsschahsteuer steht schon seit längerer Zeit in Verhandlungen über ein derartiges Steuerprojekt, er hat aber den beteiligten Kreisen den Wunsch ausgesprochen, die Angelegenheit als vertraulich zu betrachten, und das damit begründet, daß eine Beurteilung der Industrie vermieden werden muß. Das ist wirklich eine recht seltsame Sache! Als ob die Tabakindustrie nur durch das vorzuhaltende Bekanntwerden der Steuerpläne gefährdet würde und nicht vielmehr durch diese Steuer selbst! Wir sind umgekehrt der Meinung, daß, wenn schon einmal das Projekt der Bandolensteuer ernstlich ins Auge gefaßt wird, es für die Fabrikanten und Arbeiter immer noch besser ist, die — gewiß höchst schädliche — Beurteilung einiger Monate zu warten, sofern nur die Steuer durch die Gegenmaßregeln abgewandt wird, als ruhig den Kopf in den Sand zu stecken und dann gezwungen zu sein, auf lange Jahre eine feste Steuer zu tragen."

Was ist zu tun demgegenüber? Uns vor einer Übertrumpfung zu schützen, haben wir voll auf dem Posten zu sein, und zwar alle Tabakarbeiter, wie schon oben gesagt.

Zunächst wäre hierzu nötig, eine Organisation auf schnellstem Wege vorzunehmen: In allen Orten, wo bisher noch keine Kommissionen bestanden haben, sollte eine einzige resp. zu wählen, und zwar, worauf wir ganz besonders aufmerksam zu machen haben, in öffentlichen Versammlungen.

In schon zu diesem Zweck bestehenden Kommissionen sind vorhandene Lücken auszufüllen, und haben sämtliche Kommissionen für ihre Kommission einen Okmann zu ernennen, welcher des weiteren Rufes gewiß sein muß.

Als nächste Aufgabe der Kommissionen wäre die Beschaffung von Geldmitteln ins Auge zu setzen, die zu jedem Kampfe Geld, Geld und nochmals Geld gehört.

Aus diesem Grunde ist es auch dringend notwendig die nach vorhandenen Geldmittel aus der letzten Steuerkampagne von 1903 bis 1906 an uns schleunigst einzuziehen.

senden, und zwar an den Kassierer Ludwig Walter, Berlin N. 37, Weichenburgerstr. 75, 4. Et.

Zu unserer Legitimation den Tabakarbeiterkongress vom 29. Januar 1906 und folgende Tage, welcher wöchentlich lautet: Der Kongress beschließt, daß die auf dem Tabakarbeiterkongress von 1893 zur Abwehr etwaiger Tabakstenervorlagen eingesetzte Zentralkommission auch für die Zukunft mit dem gleichen Zweck bestehen bleiben und ihren Sitz in Berlin behalten soll.

Kollegen und Kolleginnen Deutschlands! In dem zweifellos uns bevorstehenden Kampf haben wir alle Schulter an Schulter, Mann und Weib fest zusammen zu stehen, um dieses uns drohende Gespenst in die Flucht zu schlagen, denn die Einführung jeder Mehrbelastung, mag sie Namen führen, welchen sie wolle, ob Vanderostensteuer oder Monopol, wird doppelt vernichtend wirken, durch die vorhandene Verkürzung aller Lebensbedürfnisse, der steigenden Kohlenpreise und der rapide gestiegenen Wohnungsmiteten. Daher läßt alle kleinlichen Streitigkeiten beiseite! Der Tabakarbeiter muß in dieser Frage zum Tabakarbeiter stehen! Vorwärts! Zum Kampfe gerüstet!

Berlin, den 25. November 1907.

Die Zentralkommission der Tabakarbeiter Deutschlands.

S. A.: Wilhelm Boerner, Ritterstraße 15, Karl

Butry, Straßburgerstraße 41, 3. Et.

NB. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um ge- fälligen Abdruck erücht.

D. O.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 3. Dezember.

Der Streit der Hamburg-Altonaer Fischdampfer-Maschinisten dauert unverändert weiter. Auf größeren Fischdampfern wollen die Reedereien den verlangten zweiten Heizer zugestehen, dafür aber die Heizer des zweiten Maschinisten um 25 Pf. kürzen. Nach 6 Monaten Dienstzeit soll die Zulage erst wieder erfolgen. Für 115 Pf. wollten die zweiten Maschinisten abschließen, die Reedereien dagegen wollten nur 100 Pf. Anfangslohn gewähren. Die ersten Maschinisten, deren Forderungen anerkannt wurden, streuen ebenfalls weiter, bis die Einigung mit den zweiten Maschinisten erzielt ist. Seit 6 Wochen währt nur der Kampf, ohne daß es den Reedern gelang, brauchbare Kräfte zu erhalten. Um die gesetzlich vorgeschriebene Belebung des Maschinenpersonals der Fischdampfer kümmern sich die Reeder überhaupt nicht. Alles was aufzutreiben ist, wird als Maschinist auf diese Dampfer gebracht. Daher ist es auch erklärlich, daß eine ganze Anzahl Dampfer mit schwerem Maschinenhafen zurückkommen. Landhäuser und Seelenverkäufer arbeiten unter Deckdrücken, und treuen allerorts die Gerüchte aus, der Streik sei beendet. Die Streitleitung erücht Zugzug von Maschinisten und Heizern nach Hamburg-Altona solange fernzuhalten, bis dieselbe in allen Parteiblättern die Beendigung des Kampfes bekannt gibt.

Zentralverband der Maschinisten, Heizer und Bergungsgeissen Deutschlands,
Zahlstelle Hamburg.

Die rechtliche Stellung der Erben. Mancher anfangs lachende Erbe hat bittere Trübsal erlebt, wenn er es an der nötigen Vorsicht hatte fehlen lassen. Wenn jemand von einer auf ihn gefallenen Erbschaft Kenntnis erhält, so muß er die Erbschaft annehmen, falls er nicht binnen sechs Wochen sie in öffentlich beglaubigter Form dem Nachlassrichter gegenüber abgelehnt hat. Man erbt auch Schulden, die man eventuell decken muß. Der Erbe haftet nach § 1987 des B.-G. für die Nachlagverbündlichkeiten, zu denen auch die vom Erblasser herührenden Schulden zählen. Es muß sich also jeder reitlich überlegen, ob er eine Erbschaft annehmen oder auszuschlagen will. Will er sie annehmen, so braucht er nichts zu erklären; will er sie auszuschlagen, so muss dies innerhalb sechs Wochen, beglaubigt durch Gericht oder Notar, erfolgen. Will der Erbe sich gegen Schädigungen durch die Erbschaft schützen, so muß er sich dadurch sichern, daß er ein Aufgebot der Nachlassgläubiger erlässt, eine Nachlagsverwaltung einsetzt, den Nachlasskonkurs eröffnet und dem Nachlassgericht ein Inventarverzeichnis über gibt. Beantragt der Erbe nicht sofort, nachdem er von der Hafterschuldung des Nachlasses Kenntnis erlangt hat, die Eröffnung des Nachlasskonkurses, so ist er den Gläubigern für den daraus entstehenden Schaden verantwortlich. Der Erbe kann von jedem, der auf Grund eines ihm in Wirklichkeit nicht zustehenden Erbrechts etwas aus der Erbschaft erlangt hat, die Herausgabe des Erlangten verlangen. Wer sich zur Zeit des Erthaltes mit dem Erblasser in häuslicher Gemeinschaft befunden hat, ist verpflichtet, dem Erben auf Verlangen Auskunft darüber zu erteilen, welche erbschaftliche Geschäfte er geführt hat und was ihm über den Verbleib der Erbschaftsgegenstände bekannt ist. Besteht Grund zu der Annahme, daß die Auskunft nicht mit der erforderlichen Sorgfalt erbracht worden ist, so hat der Verpflichtete auf Verlangen des Erben den Offenbarungseid darum zu leisten, daß er seine Angaben nach bestem Wissen so vollständig gemacht habe, als er dazu imstande sei. Abkömmlinge, die als gesetzliche Erben zur Erbfolge gelangen, sind verpflichtet, dasjenige, was sie von dem Erblasser bei den Lebzeiten als Ausstattung erhalten haben, bei der Auseinandersetzung untereinander zur Ausgleichung zu bringen, soweit nicht der Erblasser bei der Zuwendung ein anderes angeordnet hat. Füschüsse die zu dem Zweck gegeben worden sind, als Einkünfte verworfen zu werden, sowie Aufwendungen für die Vorbildung zu einem Beruf, sind injowen zur Ausgleichung zu bringen, als sie das Vermögensverhältnis des Erblassers entsprechende Maß übersteigen haben. Andere Zuwendungen unter Lebenden sind zur Ausgleichung zu bringen, wenn der Erblasser bei der Zuwendung die Ausgleichung angeordnet hat. Hat ein Miterbe durch die Zuwendung mehr erstanden, als ihm bei der Auseinandersetzung zukommen würde, so ist er zur Herauszahlung des Mehrbetrages nicht verpflichtet. Gedenkt Miterbe ist verpflichtet, den übrigen Erben auf Verlangen Auskunft über die Zuwendungen zu erteilen; ebenso hat der Miterbe auch den Offenbarungseid (wie vordem angegeben) zu leisten. Eine legitiime Verfügung durch die den Erblasser seinen Ehegatten bedacht hat, ist unwirksam, wenn die Ehe nichtig oder vor dem Tode des Erblassers aufgelöst worden ist. Der Auflösung der Ehe steht es gleich, wenn der Erblasser zur Zeit seines Todes auf Scheidung wegen Verschulden des Ehegatten zu klagen berechtigt war und die Klage auf Scheidung oder auf Auflösung der ehemaligen Gemeinschaft erhoben hatte. Eine legitiime Verfügung durch die den Erblasser seinen Verlobten bedacht hat, ist unwirksam, wenn das Verlobnis vor dem Tode des Erblassers aufgelöst worden ist. Angefochten werden kann eine legitime Verfügung, wenn der Erblasser über

den Inhalt seiner Ausskunft im Fertum war oder eine Erklärung dieses Inhalts überhaupt nicht abgeben wollte und anzunehmen ist, daß er die Erklärung bei Kenntnis der Sachlage nicht abgegeben hätte. Das gleiche gilt, soweit der Erblasser zu der Verfügung durch freiere Annahme oder Erwartung des Glücks oder Nichteintritt eines Umstandes oder widerrechtlich durch Drohung bestimmt worden ist. Auch kann eine leitwillige Verfügung angefochten werden, wenn der Erblasser einen zur Zeit des Erbfalls vorhandenen Pflichtberechtigten übergegangen hat, dessen Vorhandensein ihm bei der Errichtung der Verfügung nicht bekannt war oder der erst nach der Errichtung geboren oder pflichtberechtigt worden ist. Ist aber anzunehmen, daß der Erblasser auch bei Kenntnis der Sachlage die Verfügung getroffen haben würde, so ist die Anfechtung ausgeschlossen. Die Anfechtung kann nur nach Bekanntwerden des Anfechtungsgrundes binnen Jahresfrist erfolgen. Sind dreißig Jahre vergangen, so kann eine Anfechtung überhaupt nicht mehr erfolgen.

Arbeitssekretariat. Die Zahl der Besuche belief sich im Monat November 1886 auf (772), die der Besucher auf 784 (827). — Die eingeklamerten Zahlen sind die des vorangegangenen Monats. — Davon kamen in derselben Sache wiederholt 99 Personen. Auskünfte wurden erteilt 690 (798), darunter nach auswärtig schriftlich 11 (8). Von den Besuchern waren organisiert 317 (426) Personen, und zwar gewerkschaftlich 265, politisch 9, gewerkschaftlich und politisch 143. Unter den verbleibenden 417 Nichtorganisierten befinden sich 94 Angehörige von Organisierten und 184 Organisationsunfähige. Dem Geschlecht nach waren von den Besuchern 526 (580) männlich, 204 (246) weiblich. Den Hauptgruppen nach verteilen sich die Besucher wie folgt: Arbeitnehmer und deren Angehörige 673 (747); selbständige Gewerbetreibende, Beamte u. c. und deren Angehörige 57 (79); Organisationen 4 (1). In Lübeck-Stadt hatten von den Besuchern 604 (652) Personen ihren Wohnsitz, in Lübeck-Land 38 (55), Oldenburg 47 (72), Mecklenburg 16 (24), Bremen 27 (24) und sonstwo 2 (0). Die Auskünfte verteilen sich wie folgt: Arbeiterversicherung (Ausfall-, Invaliden- und Krankenversicherung 124 (174)), Arbeits- und Dienstvertrag 141 (141), bürgerliches Recht 260 (316), Strafrecht 51 (66), Gemeinde- und Staatsbürgerschaft Sachsen 62 (79), Arbeiterbewegung 4 (0), Privatverfahre 18 (7), Handels- und Gewerbeachen 4 (4), Verschiedenes 26 (11). Von den Auskünften machten 119 (151) die Anfertigung von 144 (157) Schriftstücken erforderlich; außerdem gingen aus 21 (61) sonstige Briefe und Postkarten. Eingingen 105 (117) Postsendungen. Der 11. und der 14. November zeigte mit 56 (58) die höchste, der 27. Nov. mit 10 (10) die niedrigste Besucherzahl.

Gefundene Gegenstände. Im Monat November d. J. sind beim Polizeiamt als gefunden eingeliefert und nicht wieder abgefordert worden: Diverse Portemonnaies mit Inhalt, sowie 3 Herrenuhren, 1 silb. Uhrkette, 1 Granatkreuz, 1 Kneifer, 1 Hobel, 1 Gasleuchter, 2 Trinkgläser, 1 Fahrradlaterne, 1 Sigarren mit Blütchenbezug, 6 Fußmatten, 1 Federdecke, 1 weißes Tull, 1 weißer Kinderfragen, 1 Paar wollene Kinderhandschuhe, 1 seidene Damenbluse, 1 schwarzer Herren-Hut, 2 Damenhüte, 2 Damengürtel, 1 led. Brieftasche, 1 Damen-Handtasche mit Inhalt, 1 led. Frühstückstasche und 4 Petroleumkannen.

Erloschene Feuer. Die Rotlauffeuer unter den Schweinen des Schäfers J. Schmaljohann in Tramm ist erloschen. Die angeordneten Sperrmaßregeln sind aufgehoben.

pb. Betrug. Gegen einen hiesigen Leichtmetallzettel wurde Anzeige wegen Betruges erstattet. Er ließ sich auf eine Heuernote 21 Pf. von einem hiesigen Zigarrenhändler geben, und trat später die Reise mit dem betreffenden Schiffe nicht an, so daß die Heuernote leerloß wurde.

ph. Schwindler. Ein Dekorateur, der sich unter Verstellung falscher Tatsachen bei einem hiesigen Schneidermeister einen Wintergafot im Werte von 74 Pf. erschwindelte, wurde zur Anzeige gebracht.

pb. Taschendiebstahl. In der Nacht zum 1. d. Mts. wurden in Brandenbaum aus einem Taschenschlag 40 verschiedene Taschen, und außerdem auf demselben Grundstück 3 braune Hühner mit langen rauen Beinen, gestohlen.

pb. Festgenommen wurde ein Schlossergeselle aus Waaran, der seitens des Stadt-Polizei-Amtes in Schwerin zwecks Strafvollstreckung verfolgt wird.

Stadttheater-Provisorium. Aus dem Theater-Bureau schreibt man uns: Am Donnerstag wird ein eigenartiges Gastspiel dem Lübecker Publikum geboten, "Rita Sacchetto", die in letzter Zeit oft genannte Münchener Tanzklunkerin, wird im Stadttheater Einkehr halten. Die schlante, sehr geschmeide und wohlproportionierte Figur, das reizende Profil, die sprechenden Augen, wie überhaupt die ganze Vornehmheit nicht bloß ihres Wesens, sondern auch ihrer Tanzkunst selbst erwecken im Zuschauer sympathische Gefühle. Kapellmeister Henneth hat es übernommen, die Tänze zu dirigieren. Am selben Abend gelangt das Lustspiel "Der Schwan ist reich" zur Aufführung. Für Freitag wird Humperdincks reizende Oper "Hänsel und Gretel" einstudiert.

Schwienkuhlen. Gefundene Leiche. Diefer Tage fand man zwischen Neuglaßau und Bölgmath die Leiche zu der Annahme, daß die Auskunft nicht mit der erforderlichen Sorgfalt erbracht worden ist, so hat der Verpflichtete auf Verlangen des Erben den Offenbarungseid darum zu leisten, daß er seine Angaben nach bestem Wissen so vollständig gemacht habe, als er dazu imstande sei. Abkömmlinge, die als gesetzliche Erben zur Erbfolge gelangen, sind verpflichtet, dasjenige, was sie von dem Erblasser bei den Lebzeiten als Ausstattung erhalten haben, bei der Auseinandersetzung untereinander zur Ausgleichung zu bringen, soweit nicht der Erblasser bei der Zuwendung ein anderes angeordnet hat. Füschüsse die zu dem Zweck gegeben worden sind, als Einkünfte verworfen zu werden, sowie Aufwendungen für die Vorbildung zu einem Beruf, sind injowen zur Ausgleichung zu bringen, als sie das Vermögensverhältnis des Erblassers entsprechende Maß übersteigen haben. Andere Zuwendungen unter Lebenden sind zur Ausgleichung zu bringen, wenn der Erblasser bei der Zuwendung die Ausgleichung angeordnet hat. Hat ein Miterbe durch die Zuwendung mehr erstanden, als ihm bei der Auseinandersetzung zukommen würde, so ist er zur Herauszahlung des Mehrbetrages nicht verpflichtet. Gedenkt Miterbe ist verpflichtet, den übrigen Erben auf Verlangen Auskunft über die Zuwendungen zu erteilen; ebenso hat der Miterbe auch den Offenbarungseid (wie vordem angegeben) zu leisten. Eine legitiime Verfügung durch die den Erblasser seinen Ehegatten bedacht hat, ist unwirksam, wenn die Ehe nichtig oder vor dem Tode des Erblassers aufgelöst worden ist. Der Auflösung der Ehe steht es gleich, wenn der Erblasser zur Zeit seines Todes auf Scheidung wegen Verschulden des Ehegatten zu klagen berechtigt war und die Klage auf Scheidung oder auf Auflösung der ehemaligen Gemeinschaft erhoben hatte. Eine legitiime Verfügung durch die den Erblasser seinen Verlobten bedacht hat, ist unwirksam, wenn das Verlobnis vor dem Tode des Erblassers aufgelöst worden ist. Angefochten werden kann eine legitime Verfügung, wenn der Erblasser über

Schlachthaus unterzogen werden. Nach der Vorlage soll die Nachuntersuchung im Schlachthause wegfallen, wenn d. s. von auswärtig eingeführte Fleisch von einem Tierarzte untersucht ist. Die Regierung hofft durch diese Maßnahme verbilligend auf die Fleischpreise einzutreten. Der Entwurf geht aber auch in zwei Punkten weiter als das preußische Gesetz. Letzteres läßt sämtliche Bestimmungen des Schlachthausgesetzes unberührt, welche sich auf die nicht mit der Untersuchung des Fleisches zusammenhängenden Befugnisse der Schlachthausgemeinden zur Beschränkung des Verkehrs mit frischem Fleisch beziehen, während der dem Landtag vorliegende Entwurf sich auch auf die Vorschriften des Gesetzes vom 12. Mai 1888 erstreckt, welche den Schlachthausgemeinden das Recht verleihen, das gesonderte Teilebieten des eingeführten frischen Fleisches anzuordnen oder das Teilebieten solchen Fleisches in öffentlichen im Eigentum und in der Verwaltung der Gemeinde stehenden Fleischverkaufsstellen ganz zu verbieten. Im Verwaltungsausschüsse, wo diese Vorlage beraten wurde, gingen die Meinungen sehr auseinander. Eine Minderheit, die Abgeordneten Schulz, Zeidler, Gruppe und Koch, beantragten Ablehnung der Vorlage. Die Minderheit begründete ihren ablehnenden Standpunkt damit, daß von einer Verbilligung des Fleisches durch die Aufhebung der zweiten Untersuchung im Schlachthause gar keine Rede sein kann. Betragen doch, wie nachgewiesen wurde, die Gebühren nur 1 bis 2 Pfennige pro Pfund Fleisch. Kosten doch schon heute das Fleisch in größeren Städten, in denen keine Schlachthäuser bestehen, ebensoviel als in Schlachthausgemeinden. Andererseits haben die Gemeinden bei Errichtung der Schlachthäuser nicht finanzielle Rückstütsen, sondern lediglich hygienische geteilt. Muß doch die Schlachthausgemeinde Bant jährlich 8000 M. zu den Kosten des Schlachthauses zuschieben, welche von den Steuerzahldern aufgebracht werden müssen. Die Mehrheit des Ausschusses, bestehend aus den Abgeordneten Ahlhorn-Hartwarderwurz, Ahlhorn-Zetel, Driever, Falz, Hollmann, Preiser, Rodenbrok, Schwarting, Taphorn, Voß-Wansdorf war der Meinung, daß auch das von Laienfleischhändlern untersuchte Fleisch ungehindert in Schlachthausgemeinden eingeführt werden kann und stellte einen diesbezüglichen Antrag. Eine zweite Minderheit, der Abgeordnete Tanzen, steht auf dem Boden der Vorlage und beantragt: Annahme derselben, weil nach ihrer Ansicht die Stadtgemeinden doch einige Garantie haben müßten, daß auch nur gefundenes Fleisch eingeführt wird. — Die nächste Plenarsitzung findet am Mittwoch, den 4. Dezember statt mit einer Tagesordnung von 15 Punkten. Die beiden wichtigsten sind die Einführung der Verhältniswahl und Wertzuwachssteuer, sowie die Änderung der Schlachthausordnung.

Reudzburg. Schweres Unglück. Durch den Zusammenstoß des der Ruderer Land- und Industrie-Gesellschaft gehörenden Dampfers "Expreß" mit einem Ruderboot wurde Sonntag abend ein schweres Unglück über drei hiesige Arbeiterabende gebracht. Auf seiner Tour zwischen B und C kollidierte ein Ruderboot, welches mit drei Arbeitern von Gebr. Koch und Mohr besetzt war, und brachte es zum Kentern. Die drei Insassen ertranken trotz sofortiger Rettungsversuche. Die Bergungslüften hinterlassen 3 Witwen und 14 minderjährige Kinder. Wen die Schuld am Zusammenstoß trifft, ist noch nicht genau aufgeklärt.

Literarisches.

Die "Sozialistischen Monatshefte", herausgegeben von F. Bloch, (Administration: Berlin W., Potsdamerstr. 121 b), haben sogenan das Dezemberheft ihres 13. Jahrs vor: Wolfgang Heine: Konzentration der Reichstagearbeit. — Max Schippel: Das Auf und Ab der Wirtschaftskonjunktur. — Eduard Bernstein: Die Kolonialfrage und der Klassenkampf. — Johannes Timm: Rechtlose Hausarbeiter. — Edmund Fischer: Die Dienstbotenfrage. — Konrad Müller-Raboth: Die moderne Illustration. — Franz Wormann: Die akademische Frage. — Wirtschaft von R. Galwey. — Politik von M. Schippel. — Sozialpolitik von W. Kampffmeyer. — Soziale Kommunalpolitik von Dr. H. Lindemann. — Sozialistische Bewegung von Dr. F. Bloch. — Gewerkschaftsbewegung von G. Deinhardt. — Genossenschaftsbewegung von G. David. — Sozialwissenschaftliche Bewegung von Dr. F. Lindheimer. — Frauenbewegung von G. Hüth. — Philosophie von Prof. F. Staudinger. — Dichtkunst von M. Hochdorf. — Buchbesprechungen. Der Preis des Hefts beträgt 50 Pf. vierteljährlich 1,50 Pf. Zu bezahlen durch alle Buchhandlungen, auf jeder Postanstalt, bei allen Kölporteurs, sowie direkt durch den Verlag der "Sozialistischen Monatshefte", Potsdamerstr. 121 b, Berlin W. 35. (Zuwendung unter Kreuzband oder in geschlossenen Konserven.) Probehefte stehen auf Verlangen jederzeit kostengünstig zur Verfügung. Von nächsten Heften ab werden, wie bereits gemeldet, die Sozialistischen Monatshefte alle 14 Tage erscheinen.

Weihnachtsbücher des Arbeiters. Der im Verlage von Laden u. Comp. erschienene Band sozialistischer Gedichte Die Hämmer dönnen von Franz Niederich ist jetzt auch gebunden käuflich (Preis ungebunden 1 Pf., gebunden 1,40 Pf.). Das Titelblatt zeigt eine Zeichnung nach Meuniers Relief: Die Industrie. Das Buch kann so als Geschenk für den Weihnachtstisch des Arbeiters in Betracht kommen.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Göwig; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schmatz, Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen

Roll- und Blockwagenfischer.

Vertreterversammlung am Mittwoch 8^h, Uhr im Vereinshaus.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke unserer silbernen Hochzeit und für die gewisse Aufmerksamkeit des Gelangvereins "Königkeit" sagen herzlichen Dank.

J. Pock und Frau.

Gut möbl. Parterre-Zimmer zu vermieten

Mittelstraße 12a

Den Inhalt seiner Ausskunft im Fertum war oder eine Erklärung dieses Inhalts überhaupt nicht abgeben wollte und anzunehmen ist, daß er die Erklärung bei Kenntnis der Sachlage nicht abgegeben hätte. Das gleiche gilt, soweit der Erblasser zu der Verfügung durch freiere Annahme oder Erwartung des Glücks oder Nichteintritt eines Umstandes oder widerrechtlich durch Drohung bestimmt worden ist. Auch kann eine leitwillige Verfügung angefochten werden, wenn der Erblasser einen zur Zeit des Erbfalls vorhandenen Pflichtberechtigten übergegangen hat, dessen Vorhandensein ihm bei der Errichtung der Verfügung nicht bekannt war oder der erst nach der Errichtung geboren oder pflichtberechtigt worden ist. Ist aber anzunehmen, daß der Erblasser auch bei Kenntnis der Sachlage die Verfügung getroffen haben würde, so ist die Anfechtung ausgeschlossen. Die Anfechtung kann nur nach Bekanntwerden des Anfechtungsgrundes binnen Jahrenfrist erfolgen. Sind dreißig Jahre vergangen, so kann eine Anfechtung überhaupt nicht mehr erfolgen.

Besonders vorteilhaftes Angebot.

Wegen Uebernahme eines bedeutenden Schuhwarenlagers sind wir wegen Platzmangel genötigt, dasselbe so schnell wie möglich auszuverkaufen und geben wir folgende Artikel zu äusserst billigen Netto-Preisen ab:

Herren-Boxcalf-, Chevreaux- und Lackstiefel

Goodyear Welt, alle Größen und verschiedene Fassons im Werte bis 18.00 Mk.

jetzt 11⁵⁰
Mk.

Damen-Boxcalf- und Chevreaux-Stiefel

Goodyear Welt, mit und ohne Lackkappen im Werte bis 16.00 Mk.

jetzt 9⁰⁰
Mk.

Damen-Chevreaux-Knopf- und Schnürschuhe

spitze und breite Fassons, Wert bis 9.00 Mk.

jetzt 6⁵⁰
Mk.

Salon- und Tennisschuhe und viele andere Artikel

für 1⁰⁰
Mk.

Damen-Spangenschuhe und Hausschuhe.

Herren-Arbeitsschuhe u. Schaftstiefel u. verschied. andere Artikel.

Die Waren sind nicht in unseren Schaufenstern, nur im Laden ausgelegt.

W. Blumenthal
Kohlmarkt, Ecke Sandstrasse.

Allen Freunden die unsrerart Reben schenken die
lange Zeit erfreuen und Ihnen dankt es auch
die Freunde der Schäferin, insbesondere Herrn
Friedrich Brumhard für seine reizende Seite
und dem Herzlichkeit Verboten zu wissen
Wiederholungen der Schäferin für ihre lieben
Unterhaltungen brachte ich Ihnen
herzlichsten Dank aus.

Line Heincke Ww.

Glücklich ein junger Nachf.
Hans Buschew. Schneider.
Reichenberg 116. 1000.

Glücklich ein junger Nachf. für Unter-
haltung der Schäferin.

Bruderschaft 45. II.

Glücklich eine Feuerwehrfrau für Unter-
haltung der Schäferin.

Eine Woche jederzeit möglich im Schäf-
erinnen, Bilden und Gittern in einer
der drei

Glücklich eine Feuerwehrfrau für Unter-
haltung der Schäferin.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 282.

Dienstag, den 3. Dezember 1907.

14. Jahr.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 2. Dezember 1907.

63. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: v. Bethmann-Hollweg, d. Tippiz, Dernburg, v. Schönen, v. Stengel.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Staatsberatung.

Schraden (F. B.): Ich habe den Reichskanzler, glaube ich, ganz richtig dahin verstanden, daß er die Hauptaufgabe der Blockpolitik darin sieht, die Forderungen für nationale Aufgaben, für Heer und Flotte zu bewilligen. Das haben wir aber, soweit es nötig war, stets getan. (Sehr richtig! bei der Frei. B. g.) und werden es auch in Zukunft tun. Ausgeschlossen dagegen sollen sein von der Blockpolitik alle Fragen, in denen Konservative und Liberale grundsätzlich auseinandergehen. Das heißt, es soll allen wichtigen politischen Fragen aus dem Wege gegangen werden. In Preußen ist von einer Blockpolitik überhaupt nicht die Rede, hat doch der Reichskanzler über die von Herrn Wiener angeregte Frage der Reform des preußischen Wahlrechts nicht einziges Wort geäußert. Vor dem Zentrum hat der Reichskanzler graulich zu machen gesucht. Überhaupt hat es ihm beliebt, die Parteien als etwas Untergeordnetes hinzustellen, denen er, der Reichskanzler, die Wege zu einer vernünftigen Politik weisen müsse. Dagegen müssen wir uns verwahren (Zustimmung b. d. Frei. B. g.), wir wissen selbst, was für eine Politik wir zu treiben haben. Überhaupt halte ich es für unmöglich, zwei verschiedene Sorten von Politik zu machen, im Reiche eine sozialen liberale Politik und in Preußen eine entgegengesetzte. Wir können ihm nicht zusagen, daß wir unsere Politik nach seinen Wünschen gestalten werden. Ich wende mich nun zum Stat. Daß die Finanzlage sehr traurig ist, darin sind wir alle einig, und nun sollen wieder neue Steuern dem Abstande abhelfen. Bei uns sind aber die breiten Massen in hohem Maße durch die indirekten Steuern bereits in Anspruch genommen, und daß wir nicht imstande sind, dies System fortzuführen, das wird Ihnen allmählich klar, wir müssen direkte Steuern einführen aus finanziellen Gründen und aus Gründen der Gerechtigkeit. Wir müssen zu einem System der Teilung der direkten Steuern zwischen dem Reiche und den Einzelstaaten kommen. Die bisherige Zoll- und Wirtschaftspolitik hat Schiffbruch gelitten, die Finanzreform erfordert dringend direkte Reichsteuern. (Lebhafte Bravo! bei den Frei.)

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg: Der Abg. Bassermann hat neulich die Schaffung eines ständigen Reichsarbeitsamtes in völliger Trennung vom Reichsamt des Innern oder doch in gewisser Selbstständigkeit angeregt, eine Frage, die uns wiederholt beschäftigt hat und auch im Sommer von Publizisten ventiliert worden ist. Daß beim Ausscheiden des Grafen Posadowsky Zweifel über die Frage aufstehen müssten, ob das Reichsamt des Innern in seiner Zielgestaltigkeit noch lange in einer Hand vereint bleiben könne, war nur natürlich. Man mußte die Berechtigung eines solchen Zweifels rückhaltlos anerkennen, aber wenn ich Sie trotzdem bitte, die Entscheidung der Frage noch hinauszuschieben, und mit für die Beurteilung derselben noch Zeit zu lassen, so verhehle ich mir nicht, daß ich hierbei, wie bei den noch ausstehenden Beratungen wiederholt um Rücksicht bitten muß. Die Gestaltung, die Bedürfnisse und die Anstrengungen der verschiedenen Stände und Klassen sind so sehr von dem Stand und den Formen unseres wirtschaftlichen Lebens abhängig und werden von den fortgefahrenen Veränderungen dieser Formen so berührt, daß mir eine präzise Abstimmung der Sozialpolitik einstweilen bedeutsam ist. Die Sozialdemokraten spielen überall den Klasseninteressen gegenüber den Menschen aus. Sie suchen in den Arbeitern die Freude an der staatlichen und gesellschaftlichen Mitarbeit zu erlösen. Außer den vom Reichskanzler erwähnten Gesetzesvorlagen sind noch folgende Vorlagen in der Ausarbeitung begriffen: Die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, Arbeiterversicherungsmaßen und die Sicherung der Krankenkassen vor politischem Missbrauch. (Bravo!) Das

Koalitionsrecht wird ausgebaut werden. Die Regelung des Ausverkaufsbesetzes und die Ausarbeitung eines neuen Wein Gesetzes beschäftigt gegenwärtig das Reichsamt des Innern. Eine umfassende Enquête über das Bankwesen und den Geldumlauf ist in der Vorbereitung. Die internationale Goldkrise hat den Höhepunkt erreicht, vielleicht schon überschritten. Umso mehr vertraue ich, daß es gelingen wird, die Schwierigkeit der derzeitigen Verhältnisse zu überwinden. (Lebhafte Beifall.)

v. Payer (Südd. Bp.): Auf der Tribüne zunächst unverständlich verbreitet sich über die Stellung des Reichstages zur auswärtigen Politik und verlangt, daß der Reichstag über dieselbe durch regelmäßige Berichte auf dem Laufenden erhalten werde. Wenn es in der Frage der direkten oder indirekten Besteuerung zu einer Auflösung des Reichstages kommen sollte, so würde die Regierung mit den Ergebnissen einer Neuwahl kaum zufrieden sein. Was die Blockpolitik anbetrifft, so muß ich sagen, daß es mir scheint, als ob die „Oster“ allein von den Liberalen austragen werden sollten. Der Reichskanzler hat Ludwig Uhland als Schuhheiligen des Blocks proklamiert. (Heiterkeit) Ich aber glaube kaum, daß Uhland an der Blockpolitik ein besonderes Wohlgefallen gefunden hätte. Die Frühjahrsreden des Reichskanzlers erfüllten uns für kurze Zeit mit der Hoffnung auf eine liberale Hera; diese Hoffnung ist aber schon im Schwinden begriffen. (Hört, hört! im Zentrum und bei den Soz.) Von Erfahrungen im Heerwesen hört man nichts mehr; das Börsengesetz entspricht kaum den allerbescheidensten Anforderungen, das Börsengesetz mag für mehrere Bundesstaaten Fortschritte bringen, bringt aber dafür anderen Bundesstaaten direkte Rückschritte und liefert im schönen Einklang mit der Politik der Rat- und Hüttenkraft, aus der die Enteignungsvorlage entsprungen ist (Lebhafte Beifall bei den Polen, Soz. und einem Teil der Frei.). Millionen andersbrachiger Staatsangehöriger der Willkür der preußischen Politik aus. (Sehr wahr! bei den Soz., Polen und einem Teil der Frei.) Nirgendwo läuft der Reichskanzler eine Hoffnung auf eine einigermaßen gründliche Beisetzung des preußischen Wahlrechts durchblicken. — Nur wenn sie nach links gelehrt wird, kann die Blockpolitik sich behaupten. (Lebhafte Beifall bei den Frei.)

Siemermann (Antl.) verlangt Mitstreitspolitik und schilt an die Juden im allgemeinen und die russischen Juden im besonderen. Haben nicht jetzt die Schmorler und Berichwörter sich ein Waffenlager in der Bankvorstraße (Lachen und Heiterkeit, Rufe Bankvorstraße!) errichtet? Heraus mit diesen Leuten! Es ist unerhört, daß man dem frechen Juden keine Denkmalsfeier will, der in seinem Gedicht „Die Schloßlegende“ untern edlen Hohenzollernstamm auf das gemeinst beschimpft hat. (Bravo! b. d. Antl., Lachen links.)

Dr. Davids (SD.): Auf die letzten Ausführungen des Vorredners gehe ich nicht ein. (Zustimmung links.) Mit großer Einmütigkeit beklagen die Redner aller Parteien und die Vertreter der Regierung die schlechte Finanzlage. Aber wer sind denn die Schuldigen? Doch eben die Herren vom Bundesratstisch und die Mehrheit dieses Hauses einschließlich der Zentrumsherren. (Surur b. d. Soz.: „Auch die Freimaurer.“) Die ungeheuerlichen Ausgaben für Heer, Marine und Kolonien, diese Schraube ohne Ende (Sehr wahr! b. d. Soz.) ist der Hauptgrund dieser Finanzkalamität und gerade Deutschland war es, welches hier alle Bestrebungen auf Erstickung der Rüstungen auf das schärfste bekämpft hat. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Von Erfahrungen ist, wie schon Herr v. Payer hervorhob, nichts zu merken. Ganz im Gegenteil. Man belastet den Reichsrat mit den Penitzen von Offizieren, die entlaufen werden, weil sie sich nicht duellieren wollen. (Sehr gut! b. d. Soz.) Man rechtfertigt die indirekten Steuern mit unserer Wehrkraft; aber die Wehrkraft leidet gerade unter der Heraabdrückung der Lebenshaltung und daher auch der Ernährung der Männer. (Sehr wahr! b. d. Soz.) — Die so domino angekündigte Reichsfinanzreform hat völlig flaschen gemacht. Alle unsere Prophesien sind eingerostet. Die Fahrtkarteineuer ist weit hinter dem erwarteten Ettrage zurückgeblieben. Dabei schädigt sie zahlreiche Angehörige der arbeitenden Klassen und des kleinen Mittelstandes. Über die Deckungsfrage bestehen im Block unverhöhlliche Gegenläufe.

Daher treibt die Regierung auch eine Politik der Geheimsträmerie in Steuersachen, gegen die der Reichstag im Interesse seiner Würde protestieren sollte. Hauptähnlich operiert man gegen direkte Reichsteuern mit partikularistischen Einsprüchen. Und das tun mit Vorliebe dieselben Leute, die fortwährend den Sozialdemokraten Reichsfeindshaft vorwerfen. Man hat selbst von Expropriationen gesprochen, die angeblich durch direkte Steuern herbeigeführt wären. Das Wort klingt besonders schön in den Zeiten der antinationalen Enteignungsversuche. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Solte jemals die Sozialdemokratie Enteignungsvorlagen vorschlagen, so braucht sie nur die Reden des Reichskanzlers und des Justizministers im preußischen Abgeordnetenhaus zu zitieren. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Gründe des öffentlichen Wohls, die in jenen Reden angezogen wurden, sprechen ganz besonders für eine Enteignung der Grubenbarone. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wir würden vorschlagen eine progressive Vermögenssteuer, etwa von hunderttausend Mark an, die bei jeder neuen Militär- oder Flottenvorlage in Erhebung kommen würde. (Sehr gut! b. d. Soz.) Diese Steuer — da sie nicht immer erhoben würde, wäre sie nach Herrn Stengel keine direkte Steuer (Gr. Heiterkeit) — könnte man ja etwa Flotten- oder Nationalsteuer nennen. (Heiterkeit b. d. Soz.) Den Mitgliedern des Flottenvereins könnte die Erlaubnis gegeben werden, die Steuer jedesmal doppelt zu zahlen. (Heiterkeit b. d. Soz.) Wir verweigern nach wie vor jede Forderung in militärischer Beziehung, wir weigern uns, das System der Rüstungen auf Kosten der Volksgeundheit und Volksnahrung zu unterstützen. Wie verweilen die Regierung auf den von England vorgeschlagenen Weg der Abrüstung. Der Kanzler sprach von einem großen Verständnis zwischen Deutschland und England. Wundert man sich, daß man uns in England fröhliche Ansichten zutraut, wenn man an die Worte von Ullerhöchster Stelle denkt: „Der Dreizeck gehört in unsere Faust“, der Admiral des Atlantischen Oceans grüßt den des Stillen Oceans“. (Heiterkeit.) „Das Pulver kostet, das Schwert geschliffen“. Dann fahren wieder Friedenssymbole. Dieses ganze Hin und Her, dieses persönliche Stimmungsmoment ist nicht geeignet, Vertrauen in die deutsche Politik zu bringen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Bezaubriglich der Kamarillas hat der Reichskanzler gemeint, die hätte es wohl früher einmal gegeben, jetzt tolle es in Deutschland eine Kamarilla nicht mehr geben, weil eine Persönlichkeit von starkem Willen auf dem Throne sitzt. Den Simpel möchte ich sehen, der ihm das glaubt. (Sehr gut! und Heiterkeit b. d. Soz.) Es kommt nicht auf den starken Willen an, sondern nur darauf, daß die Persönlichkeit auf dem Throne nichts merkt. Beiträge zur Kamarilla haben die Entwürdigkeiten von Bismarck und Hohenlohe reichlich geliefert. Aber das Allerwandslest an dem Dardaniprosß ist die Bedeutung, die unsere auswärtige Politik dadurch erfahren hat. Freilich sagt der Reichskanzler, Kriege könnten nur wegen Lebensinteressen des Volkes geführt werden. Aber er gab zu, daß die Marodeure zu einem Kriegsanfang hätte werden können. Aber nicht Elixier, nicht Kreis und Kästen sollen über seine wichtigsten Interessen bestimmen. (Sehr wahr! b. d. Soz., Lachen rechts.) Die Fälle Hohenau und Lunac hat der Kriegsminister in ein möglichst milde Licht zu sehen versucht, in großem Gegenzug zu der ster, wie im Fall Göde vorgegangen ist. (Sehr richtig! links.) Daß die Amtlade gegen Liebknecht im Kriegsministerium verfaßt ist, hat er auch nicht bestritten. Sein Clementi bezog sich nur auf Herrn Rommel. (Sehr gut! bei den Soz.) Der Kriegsminister sprach weiter davon, die Soldaten vor den Blitzen von Böhmen aus Zivilkreisen zu schützen. Aber fest steht, daß in der zutage getretenen Fällen vor allem Personen der Offizierskreise und des hohen Adels bereitigt sind. Die Kriege der unzureichenden jüngsten Differenzierung gerade in diesen Kreisen liegen zum Teil in der dort folgenden Auswirkung. Man muss solche Leute verhindern, in einflussreichen Siedlungen ihre Macht und ihr Geld zu bemühen, um das Leben gesunder Menschen zu korrumpern. Es genügt nicht, daß solche Leute vernichtet werden, um mit dem Kriegsminister zu sprechen. Man schaffe vor allem den Soldaten die Möglichkeit, sich selbst zu schützen, indem man die Militärjustiz reformiert. (Lebhafte Zust. b. d. Soz.) Den

Annas Mutter und Geschwister, Emma mit ihrem Mann und Vater, Brand — alle waren an diesem Tage vereint und in glücklicher Stimmung.

Es war Abend. Zur dem Parkte brannten Fackeln und Weckränder. Sie waren einen rötlichen Schimmer auf das frische, noch duftige Grün der Bäume.

Hugo schritt an Annas Seite. Sie hatte die Hand in seinen Arm gelegt. Sie gingen allein in einem hohen Baumgang. Unwillkürlich eilten Hugos Gedanken in die Vergangenheit zurück.

„Sieh, Anna,“ sprach er, „vor zwei Jahren lag unser Glück noch in so ferner Zukunft vor uns. Ich habe damals öfter daran gezweifelt, daß ich es erreichen werde, weil es mir zu groß erschien. Es war mir, als ob ich die ganze Fülle des Lebens nicht erragen könnte und nun bin Du jeden Jahr lang mein!“

Anna drückte ihm die Hand.

Ein Diener kam in diesem Augenblick und meldete Hugo, daß ein fremder Mann ihn zu sprechen wünsche.

„Wer ist es?“ fragte Hugo.

„Ich kenne ihn nicht. Seinen Namen wollte er nicht nennen.“

„So mag er Dir sagen, was er von mir will.“ fuhr Hugo fort. „An diesem Abende mag ich mich durch niemanden stören lassen.“

Brand trat hinzu.

„Ich werde zusehen, wer es ist,“ sprach er. „Und es Geschäftssachen, so mag er morgen wiederkommen. Ich werde ihm überzeugend ansehender machen, daß Du heute keine Zeit dazu hast.“

„Und noch weniger Lust,“ fügte Hugo heiter hinzu. „Der Mensch hat sicher in seinem Leben keine Hochzeit gefeiert, oder er ist übel angekommen, sonst würde er mich heute nicht zu lären wagen!“

Brand eilte fort zum Schloß. Nach wenigen Minuten kehrte er zurück. Er war aufgeriegelt. Hugo bemerkte dies auf den ersten Blick.

„Was hast Du, Brand?“ fragte er.

„Komm, komm,“ sprach dieser. „Der Fremde wünscht Dich zu sprechen.“

„Wer ist es?“

„Komm nur.“

Ein verlorenes Leben.

Erzählung von Octavio Burger.

(Fortsetzung.)

Selbstverständlich besaßen die Spieghuben und Strauch keine Wiz, als die Behörden mit ihren umständlichen, langsamem, zeremoniellen Lächerlichkeiten und wütigen die schwerfälligen Prozeßuren der Behörden auf das beste zu ihrem Vorteil zu benutzen. Ging irgend eine Nachricht, ein Steckbrief, eine Aufforderung zur Verhaftung von einer Obigkeit zur anderen, so erfuhren die Spieghuben, denen es in guten Quellen nicht scherte, es natürlich am ersten, und ehe nun die Requisitionschreiben gehörig abgefaßt und eingehändigert waren, ehe darüber beschlossen und darauf bestimmt war, hatten die Spieghuben völlig Zeit, noch ein neues Verbrechen auszutüben und sich dann in aller Gemütllichkeit auf ein anderes Landesgebiet zu begeben.

Eine Räuberbande, welche über einen großen Teil Deutschlands verbreitet war, polizeilich und kriminalistisch durch alle Länder und Städte zu verfolgen, von denen vielleicht jedes Land und jede Stadt ihre Privatobdachten und ihren besonderen Gerichtsbrauch hatte, war völlig unmöglich. Der Kaiser und das Reich hatten zwar das Recht, sich der Sache anzunehmen, allein eritens taten sie es nicht, zweitens kümmerten sich die wenigsten um des Kaisers und des Reiches Befehle und drittens hatten Kaiser und Reich weder die Lust, noch die Macht, ihre Befehle durchzusetzen.

Auch das eitige Streben der herzoglichen Regierung in Lüneburg und der Lüneburger Bürger und Behörden würde nie Folgen geblieben sein, da die Räuber der goldenen Tafel längst das lüneburgische und herzogliche Gebiet mit ihrem Schatz verlassen hatten. Dieses Mal stellte sich indes die Sache anders heraus. Die Räuber hatten durch ihre Beweglichkeit überall einen solchen Schrecken hervorgerufen, daß die Behörden schon überall die Notwendigkeit, durch entschiedenes Auftreten dem Unwesen ein Ende zu machen, das die herzogliche Regierung an fast allen Orten das freundlichere Entgegenkommen fand.

In Hamburg, Lübeck, Hannover, in Braunschweig, in Bremen und Sachsen, in Franken und Thüringen, ja selbst in Schlesien, überall zeigte sich dieselbe Bereitwillig-

keit, den gefährlichen Verbrechern nachzuspüren und sie einzufangen.

Von Lüneburg aus wurden Requisitionsdokumente an die Städte, Hamburg, Lübeck, Bremen, Wismar, Rostock, Stralsund, Altona und Braunschweig gerichtet, denen ein Verzeichnis und eine genaue Beschreibung der geraubten Sachen beigefügt war, mit dem Einsehen, bei den dortigen Goldschmieden, Juwelieren und Juden genau nachzuforschen.

Lange Zeit blieben alle Bemühungen und Nachforschungen vergebens. Unschuldige wurden verfolgt, verhaftet und wieder freigelassen, weil man keine Beweise gegen sie aufzufinden vermochte. Endlich verhaftete man einen Mann, der zu Lüts Genossen gehörte und bei den Hauptentbrüchen in Hamburg, Braunschweig und Lübeck beteiligt gewesen war. Obschon derselbe seine Schuld hartnäckig in Abrede stellte, so erfuhr man durch seine Aussagen doch so viel, daß der vornehme Herr von Mosel mit seiner Aloungarute, mit seinem feinen Federhut und goldgesticktem Sammetrocke, mit seinem feinen Pelzrock und seinem Staatsdegen, mit seinen zierlichen Manschetten, seinem Jäger und seinen reichgekleideten Dienern, daß dieser gelehrte Mann an der Spitze der gefährlichen und weitverzweigten Bande gestanden habe.

Vergebens suchte man indes der Spur dieses Mannes zu folgen — er schien verschwunden zu sein. Da auf dem gewöhnlichen langsamem Wege durch Schreiben und Requisitionen an die auswärtigen Gerichte nichts zu erreichen war, so ernannte man den Amtmann Dietrichs, einen entzessenen und schlaugen Mann, zum Kommissar, um den Herrn von Mosel in Deutschland aufzufinden, zu verfolgen und zu verhaften.

Mit Vollmachten und Empfehlungsbriefen, mit hinterlegendem Gelde und den besten Wünschen Lünebenders, reiste Dietrichs von Lüneburg ab, selbst von der festen Zuversicht geleitet, daß, wenn es ihm auch nicht gelingen sollte, die goldene Tafel nach Lüneburg zurückzubringen, er jedenfalls doch die Räuber derselben dem Gerichte überliefern werde.

Auf dem Schloß des Herrn von Strehlen ging es laut und lustig her. Der Jahrestag von Hugos Hochzeit wurde gefeiert und je glücklicher Hugo sich mit Anna fühlte, um so mehr hätte er alles aufgedroht, daß dieser Tag ein recht heiterer werde.

durch einen Vertrag so gesichert, daß sie von Longuet stets tüchtige Pferde erhält; auch habe Longuet stets tüchtige Kutscher zur Verfügung.

Senator Külenkamp: Die Behörde hatte keine Veranlassung, noch mit Herrn Longuet zu verhandeln, nachdem dieser den Vertrag gekündigt hatte. Durch die Anschaffung eigener Pferde werden mancherlei Unzuträglichkeiten verschwinden.

Tegetmeyer-Moissling tritt unter andauernder Heiterkeit des Hauzes für die Senatsvorlage ein.

Lüth sieht nicht ein, warum man einem Steuerzahler seinen Verdienst nehmen soll und vertritt seinen früheren Standpunkt.

Senator Külenkamp: Die Behauptung, daß die Behörde einen Steuerzahler um seinen Verdienst bringen will, ist nicht zutreffend, weil Herr Longuet den Vertrag gekündigt hat.

A. Baue meint, daß die Verhandlungen mit Longuet nicht so geführt sind, wie sie mit einem Bürger Lübecks hätten geführt werden müssen. Die bürgerlichen Deputierten haben eine gräßliche Pflichtverletzung begangen, als sie hier gegen nicht Einspruch erhoben. (Ordnungsruß des Vorführers.) Bei der Feuerwehr sind auch nicht die notwendigen geeigneten Mannschaften zum Fahren vorhanden. Redner erucht, die Verhandlungen mit Longuet wieder aufzunehmen.

Bei der weiteren Debatte, in der wesentliche neue Gesichtspunkte nicht zu Tage traten, beteiligten sich Lauenstein, Senator Külenkamp, Heise und Eggert-Dänischburg.

Der Senatsantrag wird angenommen; ebenso das Gründchen des Herrn Heise.

Beim Senatsantrag betr. Ausbildungung des Kärenteiches wünscht

Brunn, daß auch für die Frauen Freibadeanstalten errichtet werden. Die große Benutzung der Freibadeanstalten seitens der Frauen in den wenigen Nachmittagsstunden zeigt, daß hier ein Bedürfnis vorliegt. Erwerbstätige Frauen können bei dem bestehenden Zustande die Freibadeanstalten nicht besuchen.

Scharff verlangt Auskunft über den Stand der Schwimmhallen-Angelegenheit.

Senator Dr. Eschenburg: Die Baubehörde hat sich bis jetzt noch nicht über den Bürgerausschuß-Antrag geäußert.

Der Senatsantrag wird angenommen.

Debattoles genehmigt wird der Senatsantrag betr. Aufbau von Ländereien der St. Petri- und der St. Jakobi-Kirchengemeinde in der Vorstadt St. Jürgen.

Die nächste Senatsvorlage betrifft: Grundstücksaüberlassung, Straßenanlagen und Ende rung des Bebauungsplans anlässlich der Errichtung einer Kirche in St. Gertrud.

Thiele bemängelt, daß in der Bedürfnisanalys auf dem Markt Reklameschilder enthalten sind, die darum, welche Firmen die dort befindlichen Gegenstände geliefert haben.

Lauenstein hat gegen die Obeliken an der Brücke im Irge der Jackendorfer Allee einige Monats vorzuordnen.

Wissell fragt an, wie es mit dem Bau des Krematoriums stehe.

Senator Dr. Eschenburg erklärt, daß die Anerkennung der Baudeputation noch anstehe.

Der Senatsantrag wird angenommen; ebenso der Antrag auf Erwerb des Grundstücks Schwarzenallee 75.

Der nächste Senatsantrag betrifft die Herstellung einer Kaimauer zwischen dem nördlichen Ende der Kaimauer oberhalb der Struckfahre und den Kohlenlagerplätzen unterhalb der Coninstraße.

Dr. Ziehl stellt die Auffrage, ob es nicht zweckmäßig gewesen wäre, mit dieser Vorlage zugleich den Bau der Hochbrücke zur Beratung zu stellen.

Senator Dr. Eschenburg: Die Baubehörde beschäftigt sich noch mit letzterem Projekt.

Nach weiteren unerheblichen Erörterungen wird die Senatsvorlage angenommen.

Mehrere steht zur Beratung die Senatsvorlage betr. die Ausgestaltung des lübeckischen Lehrerbildungswesens. Der Senat beantragt: 1. Am Lehrerseminar unterrichten elfständige Lehrer einschließlich des Direktors und des Zeichenlehrers. Außer dem Direktor müssen drei Lehrer die Prüfung für das höhere Schulamt bestanden haben. In bezug auf die übrigen Lehrer können von dem durch den Rat- und Bürgerschluß vom 20. Juli 1903 aufgestellten Erfordernis des Bezeichens der Mittelschullehrerprüfung für die gegenwärtig im Amte befindlichen festangestellten ehemaligen Lehrer an der Präparandenanstalt Ausnahmen gemacht werden. 2. Das Gehalt der Seminarlehrer beträgt 3200 Mk. und steigt durch eine Alterszulage von 350 Mk. und fünf andere von je 250 Mk., von denen die ersten fünf nach je drei weiteren Dienstjahren, die letzte nach fünf weiteren Dienstjahren zu gewähren sind, auf 4800 Mark. Der mit der Leitung der Seminarübungsschule betraute Seminarlehrer erhält für die Dauer dieser seiner Tätigkeit eine nicht pensionsfähige Funktionszulage von jährlich 300 Mk. 3. In der Seminarübungsschule unterrichten acht festangestellte Lehrer. Sie erhalten außer ihrem Gehalte eine nicht pensionsfähige Zulage von jährlich 200 Mk. 4. Diese Bestimmungen treten am 1. April 1908 in Kraft.

Der Senat behält sich vor, auf seinen vorläufig zurückgezogenen Antrag wegen der Pflichtstundenzahl der am Seminar angestellten Lehrer zu gegebener Zeit zurückzukommen, während er den Antrag auf Umwandlung der Seminarübungsschule in eine Zahlschule mit Rücksicht auf seine der Bürgerschaft inzwischen unterbreitete Vorlage wegen Aufhebung der Freischulen für jetzt fallen läßt. Der Bürgerausschuss riechtet nun an den Senat das Gründchen, durch die Oberschulbehörde prüfen zu lassen, 1. ob nicht eine Revision des jetzigen Seminarlehrerplans zweckmäßig erscheint, 2. ob nicht die Aufnahmevereinbarungen in das Seminar derartig festzugehen sind, daß auch den Jöglingen der Volkschule der Eintritt in das Seminar ohne weitere Schwierigkeiten ermöglicht wird. Dem leitgenannten Gründchen folgt gebend, hat der Senat die Oberschulbehörde unter Überweisung des Kommissionsberichtes vom 7. Oktober 1907 beauftragt, die gewünschte Prüfung einzutreten zu lassen und über deren Ergebnis ihm zu berichten.

Professor Baethke will seinen Standpunkt nicht näher darlegen, da der Senat den Beschlüssen des Bürgerausschusses beigetreten ist, sondern ihn in der Abstimmung zum Ausdruck bringen.

Hauptlehrer Germann begrüßt die Vorlage warm. Von einer Überbürdung der Seminaristen könne keine Rede sein. Er würde es begrüßen, wenn die Jöglinge des Seminars die mittelhochdeutschen Dichtungen in der Weisheit lesen würden. Eine Verbesserung wäre die Ausgestaltung des sechs-Klassen-Seminars zu einem siebenklassigen. Dann könnten die Volksschüler gleich nach Beendigung der Schulpflicht in die siebente Klasse eintreten.

Direktor Dr. Müller betont, daß auch er die Lehrerbildungsfrage für eine überaus wichtige halte. Das Lehrerseminar ist eine Berufsschule, aus der die Jöglinge in ihren Beruf übergehen. Die Aufgaben der höheren Schulen sind jedoch ganz andere. Die Schüler dieser Institute haben nach dem Verlassen derselben noch eine längere Studienzeit vor sich; sie müssen noch gewissermaßen eine Lehrzeit durchmachen. Die Tendenz, das Seminar zu einer höheren Lehranstalt zu machen ist verkehrt. Der Jögling des Lehrerseminars soll nur das wissen, was er zu unterrichten hat. Man soll deshalb den Lehrplan nicht mit Dingen überlasten, die keinen praktischen Wert für den Lehrer haben. Die preußischen Seminarlehrpläne und nicht einmal derjenige des Lübecker Stadtseminars greifen nicht so hoch, wie der hierorts geforderte. Es wird auch Schwierigkeiten machen, Oberlehrer für das Seminar zu gewinnen. Es wird in dem Bericht des Seminardirektors auf Sachen verwiesen, wo an den Seminaren vielfach akademisch gebildete Lehrer wirken. Das ist zutreffend. Der Bildungsgang derselben ist ein anderer wie derjenige der Oberlehrer. Nachdem Redner noch von einer Überbildung der Seminaristen geworben hat, stellt er den Antrag, anstatt der geforderten zwei nur einen Oberlehrer neu anzustellen.

Senator Dr. Eschenburg: Die gegenwärtige Vorlage trifft das richtige; lehnen sie deshalb den Antrag Dr. Müller ab.

Wissell bemängelt zunächst, daß der Bürgerschaft nicht das Material zugänglich gemacht worden ist, welches der Kommission zu Gebote stand. Deshalb ist es auch nicht leicht möglich, sich ein klares Urteil zu verschaffen. Ich will als Late sprechen, nachdem zwei Fachleute ihre Meinung zum Ausdruck gebracht haben. Die von der Kommission an dem Lehrplan geübte Kritik ist nicht berechtigt, wenn man bedenkt, daß die Jöglinge des Seminars tatsächlich nur 5½ Stunden täglich unterrichtet werden. Wenn die Kommission meint, die fremdsprachlichen Unterrichtsstunden gingen weit über das erlaubte Maß hinaus, so ist demgegenüber darauf hinzuweisen, daß die Kommission selbst zugibt, daß ein Lehrer französisch lernen müsse; für den wahlfreien Unterricht im Englischen bleiben dann wöchentlich höchstens zwei Stunden übrig. Sicherlich ist es dem literarischen Verständnis des Lehrers sehr dienlich, wenn er die englische Literatur in der Ueprache kennt. Für die Stellungnahme der Kommission sind zweifellos auch finanzielle Bedenken maßgebend gewesen, die allerdings im Kommissionsbericht nicht zum Ausdruck gebracht worden sind. Wenn die Ausbildung der Lehrer eine bessere ist, so wird man selbstverständlich auch höhere Gehälter zahlen müssen. Was man den Lehrern jedoch an höherer Bildung zu teilen werden läßt, das kommt dem ganzen Volk zugute. Man sollte auch dem begabten Volkschüler den Eintritt in das Seminar erleichtern, denn gerade die Volkschüler sind die geborenen Volkschullehrer. Vielleicht wäre es besser, wenn Lübeck überhaupt kein Seminar hätte und die jetzt für das Seminar gesahlten Mittel zur Erhöhung der Gehälter der Lehrer verwendet; dann würden wir zweifellos sehr tüchtige Lehrer nach hier ziehen. Allerdings geht es nicht, jetzt das Seminar aufzuheben. Redner bitte um Ablehnung des Antrages Dr. Müller und Annahme der Senatsvorlage.

Thiele ist gegen den Senatsantrag, weil derselbe Sonderstellungen für die Lehrer schafft; dadurch wird Unzufriedenheit gefördert.

Oberlehrer Germann: Die Befürchtung, daß sich für das Seminar nicht genügend tüchtige akademisch gebildete Lehrer finden werden, teile ich nicht: es gibt Oberlehrer genug, die sich gern der Ausbildung von Volkschullehrern widmen.

Professor Dr. Baethke sucht nachzuweisen, daß Wissell sich in einzelnen Punkten geirrt hat resp. den Bericht der Kommission nicht richtig verstanden habe. Zutreffend sei es, daß die finanzielle Seite der Sache eine Hauptrolle bei der Stellungnahme der Kommission gespielt hat. Es sei gewiß sehr wünschenswert, wenn ein Lehrer englisch könne; dasselbe wird auch in Bezug auf griechisch und Latein zu sagen sein. Aber ein Kamel, dem man immer mehr Lasten aufzubürdet, wird doch am Ende zusammenbrechen müssen. (Hinterkeit.) Was man heute für das Lehrerseminar bewilligt, wird man später auch für ein Lehrerinnenseminar bewilligen müssen. Zweifellos würde Lübeck sich ohne Seminar besser stehen, denn aus Preußen würden genügend gute Lehrkräfte zu beziehen sein.

Senator Dr. Vermehren ersucht um Annahme der Senatsvorlage.

Gauvin: Herr Prof. Müller hat gemeint, ein Volkschullehrer brauche nur das zu wissen, was er zu unterrichten habe. Ein solchen Lehrer würde ich bedauern. Wenn Lübeck gute Volkschullehrer habe, so sei das dem Seminarunterricht zu danken, den gerade akademisch gebildete Lehrer erteilt hätten. Es sei nicht notwendig, in der Bürgerschaft zu prüfen, ob die Seminaristen überlastet würden; das geschieht seitens der Behörden. Es wäre den jetzigen Lehrern natürlich nicht unangenehm, wenn das heisige Seminar aufgehoben und das so ersparte Geld unter verteilt würde; mancher heisige Volkschüler würde aber auf diese Weise verhindert, den Lehrerberuf zu ergreifen. Allerdings ist die Erhöhung der Lehrergehälter, besonders in den unteren Stufen, eine Notwendigkeit.

Wissell: Es ist verständlich, daß Herr Baethke als Kommissionsmitglied sein Kind, nämlich den Kommissionsbericht, verteidigt. Der Vergleich der Seminaristen mit dem Kamel ist sehr bezeichnend für seinen Urtheil.

Dr. Müller: Ich habe nicht gesagt, daß ein Volkschullehrer nur das zu wissen brauche, was er zu unterrichten habe. Weiter bin ich der Ansicht, daß mein Antrag keine Verschlechterung, sondern eine Verbesserung bedeutet, sonst hätte ich ihn nicht gestellt.

Prof. Baethke: Ich will nicht auf die Ausführungen Wissells antworten, sondern nur sagen: das Kamel überläßt ich ihm.

Damit ist die Debatte er schöpft.

Der Antrag Prof. Müller wird abgelehnt; die Senatsvorlage mit großer Mehrheit angenommen.

Darauf wird die Sitzung geschlossen. Schluß 10½ Uhr.

Soziales und Parteileben.

Ein hungernder Lebensretter. Einem bemerkenswerten Beitrag zu dem umfangreichen Kapitel von unserer Zeiten Schande lieferte ein Fall, der kürzlich die zweite katholische Ständeversammlung beschäftigte. Es handelte sich dabei um den Textilarbeiter Karl Albin Lammel in Granzahl im Erzgebirge, der im April 1898 ein kleines Kind vom Tode des Erröntens gerettet hatte und in Anerkennung seines persönlichen Muttes mit der Lebensrettungsmedaille ausgezeichnet worden war. Bei diesem Rettungswerke hatte sich der brave Mann aber eine starke Erfüllung zugezogen, die später eine Schwäche der linken Körperhälfte und seine völlige Arbeitsunfähigkeit zur Folge hatte. Er mußte von einigen privaten Unterstützungen sowie von dem getingten Arbeitsverdienste seiner Ehefrau sein Leben fristen. Da aber die freiwilligen Spenden fast gänzlich aufgezehrt sind, befindet sich der unglückliche Mann nunmehr in einer entsetzlichen Lage. Er wandte sich daher in seiner Not jetzt an den Landtag mit der Bitte, ihm eine monat-

liche Rente aus irgend einem Fonds zu gewähren. Der Landtag erkannte zwar die traurige Lage und Bedürftigkeit des Lebensretters an, aber dem Wunsche um Gewährung einer Rente konnte er nicht entsprechen, weil der Regierung keine gesetzlichen Mittel zur Verfügung gestellt sind, um in solchen Fällen ausreichende Unterstützungen gewähren zu können. Es konnte deshalb der Regierung nur aus Abgeordnetentreffen ans Herz gelegt werden, den Unglückslichen vor der dringendsten Not zu schützen. Da die Regierung jedoch Mittel und Wege zur Unterstützung finden wird, würde dieser Inhaber der Rettungsmedaille längst verhungert sein, wenn ihn nicht private Milde und ähnliche „nützliche Elemente“ haben die Regierungen Fonds, aber Lebensretter können in deutschen Landen ruhig hungern.

Bravo! Aus Göttingen wird berichtet: Sämtliche Lehrer der Nachbarstadt Alfeld lehnen die Mitwirkung an der Viehzählung ab, unter Hinweis auf die dadurch entstehende Vernachlässigung der Schule.

Zu einer Vertrauenskundgebung großen Stils für den seit Monaten in der erbärmlichsten Weise angegriffenen Vorstand der Gewerkschaft Ortskrankenfasse in Chemnitz gestaltete sich die Vertreterwahl für die Generalversammlung der Ortsfasse, die am Dienstag und Mittwoch vorgenommen wurde. Kurz vor der Wahl erschien die betrügtige Schubert-Brotbüre in zweiter Auflage und wurde unter die Arbeiterschaft gebracht. Flugblätter von dem besondern für „nationale“ Vertreterwahlen gebildeten Vereinigten Wahlausstschuß wurden in Massen verteilt und am Wahltage selbst wurden Handlungshelfer, Ladenmädchen und sonstige „bessere“ Proletarier, wohlversorgt mit der „neuen“ Liste des „nationalen“ Ausschusses, geschlossen nach dem Wahlfeld geführt. Aber auch die Arbeitermajen marschierten auf. Die behördlichen Eingriffe in das Selbstverwaltungrecht, die der Dezernent des Versicherungsamtes sich erlaubt hatte und wogegen der Beschwerdeweg bereits beschritten ist, fehlten nur noch, um der ziel- und klassenbewußten Arbeiterschaft in aller Deutlichkeit zu zeigen, worauf es bei dieser Wahl ankam. So kam eine Wahlbeteiligung zu stande, die beispiellos genannt werden mag. Während bei der vorigen Wahl nur 1600 Wähler erschienen waren, marschierten diesmal über 12000 auf. 1000 Stimmen entfielen auf die Liste des Gewerkschaftskartells und 2226 auf die „gelbe“ Liste des „nationalen“ Wahlauschusses. Durch die enorme Wahlbeteiligung hat sich die organisierte Arbeiterschaft ein glänzendes Zeugnis ausgestellt. Den Gegnern aber dürfte klar geworden sein, daß sie einer so fest geschlossenen Phalanx gegenüber nichts zu schaffen vermögen.

Sturmzeichen. Man schreibt aus dem Ruhrrevier: Anzeichen der Krise machen sich auch in der Stahl- und Eisenindustrie bemerkbar. Betriebs einschränkungen nahm das Stahl- und Eisenwerk Union in Dortmund vor, indem es das sogenannte Puddelwerk stilllegte und sämtliche dort beschäftigten Arbeiter entließ. Von den Entlassungen wurden Leute betroffen, die an die dreißig Jahre auf dem Werke tätig sind. Auf dem Walzwerk I wurde 55 Arbeitern entföhrt. Auch in der Adjunktage erfolgten Kündigungen. Besonderswert ist, daß bei den Entlassungen auf die Dauer der Belegschaftsausgang, Alter usw. keinerlei Rücksicht genommen wird, obgleich die Firma Union zu den sogenannten Wohlfahrtsfirmen gehört. Werden nun Arbeiter entlassen, die Jahrzehntelang zu den sogenannten Nebenkassen beigetragen haben, so weigert sich die Firma, die eingezahlten Gelder zurückzuzahlen. In letzter Zeit haben nun mehrfach entlassene Arbeiter beim Gewerbege richt auf Rückzahlung dieser Gelder geflagt und in allen Fällen obliegende Urteile ertritten. Zu einem Urteil ertrittet das Gewerbege richt, daß das Vorgehen dieser „Wohlfahrts“-Firma gegen die guten Sitten verstoße. — Die Firma Koefmann (Eisenbestandteile) liegt unter Hinweis auf die Kreise der Konkurrenz Preisabschleppungen im Akkordlohn eintritt, die Lohnausfälle bis zu 1,60 Mk. pro Tag im Gefolge haben. Diese Herabsetzung wurde den Arbeitern unter dem Hinweis mitgeteilt, daß umfangreiche Entlassungen bevorstehen. — Wie die Unternehmepresse meldet, haben auf Zeichen und die Kanalbauten und sonstigen Erdarbeiten unsangreiche Entlassungen von Ausländern stattgefunden, die unter Zubehörnahmen der Behörden in ihre Heimat gebracht werden. Wahrscheinlich sucht man auf diese Weise für die arbeitslos werdenden einheimischen Arbeiter Erwerbsmöglichkeit zu schaffen und die ersten harten Wirkungen der Krise abzuschwächen.

Steigerwünsche. Eine in Essen stattgehabte, zahlreich besuchte Steigererversammlung beschloß, eine Petition an das preußische Abgeordnetenhaus zu richten, in der u. a. gefordert wird: „Das Abgeordnetenhaus möge eine Änderung der Bestimmungen des Allgemeinen preußischen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 über die technischen Grubenbeamten beschließen. Bei Artikel 3 Abschnitt 5 sind Bestimmungen zu treffen, die den nach § 73 für den unterirdischen Grubenbetrieb verantwortlichen Beamten in die Lage versetzen, den Bestimmungen der Bergpolizei genügen zu können.“ Zu a: Direkte und indirekte Geldstrafen sind durch das Verbot des Prämienystems aufzuhoben. Zu b: Strafarbeiten bezw. Neben- und Sonntagschichten sind zu verbieten; die Zeichen müssen verpflichtet werden, Dienstordnungen mit genauer Angabe der Dienstzeit der Bergbehörde zur Genehmigung einzurichten. Die Überschreitung der vorgeschriebenen Dienstzeit ist nur für Notarbeiten gestattet. Hierüber sind genaue Listen mit Namen der Beamten, Tag, Stunde, Dauer und Grund der Arbeit zu führen. Zu c: Die Entlassung bezw. Kündigung eines verantwortlichen Untertagsbeamten bedarf der Zustimmung durch die Bergbehörde. Hat der Beamte in bergpolizeilicher Hinsicht seine Pflicht getan und ist sein unter § 133 der Gewerbeordnung fallender Grund zur Entlassung bzw. Kündigung vorhanden, so ist die Zustimmung zu verlangen.“ Die Wünsche gehen so anscheinend sehr weit, aber sie sind gleichwohl durchaus berechtigt. Wenn die Steiger ihre Aufgaben erfüllen sollen, so müssen sie von den Bergbehörden möglichst unabhängig und dagegen gesichert sein, auf die Strafe geworfen zu werden, wenn sie auf die Sicherheit des Bergwerksbetriebs besetzen. Auch dann das größte Gewicht legen, wenn das Vorwürfe der Zechenbesitzer dadurch berührt wird. Aber das preußische Dreiklassenparlament von Geldstrafen Gnaden ist nicht der Ort, wo ihre Wünsche Gebot und Bestiedigung finden werden. Welchen gewaltigen Einfluß dort das Grubenkapital hat, haben ja die Verhandlungen über die letzte Berggesetzesnovelle gezeigt. Wie den Arbeitern der Bergwerke, wird auch den Steigern erst ein Reichstag berücksichtigen, die Erfüllung ihrer dringendsten Wünsche bringen. Der Reichstag ist zwar auch nichts weniger als eine Machtvertretung; der Einfluß der Kapitalinteressen ist auch dort groß. Aber unter der Macht des Allgemeinen in gleichen Wahlkreis darf man dort doch nicht wagen, in der Art gegen die Arbeitersinteressen zu handeln, wie das Dreiklassenparlament es sich ungezähmt erlaubt darf.

Das Preß-Bureau der Partei geht nun seiner Konstituierung entgegen, nachdem am Freitag die Parteileitung in einer gemeinschaftlichen Sitzung des Parteivorstandes und der Kontrollrente den Vortrat durch Wahl seiner 5 Mitglieder geschaffen hat. Es sind dies die Parteigenönen Adolf Müller-München, Stolten-Hamburg, Ströbel-Berlin, Gradauer-Dresden und Gemehr-Elberfeld. Über die Leitung des Preß-Bureaus ist noch kein Beschluß gesetzt.

Genosse Mehring ist aus der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ ausgeschieden. Der Breslauer „Volkswacht“ gegenüber, die die Meldung zuerst gebracht und von dem plötzlichen Weggang Mehrings geschrieben hatte, stellt Mehring im „Vorwärts“ folgendes seit: „Einerseits liegt die Annahme meiner Kündigung durch die Leipziger Preßkommission schon um sechs Wochen zurück, andererseits habe ich, ihrem Wunsche entsprechend, meine Stellung an dem Leipziger Parteiblatt noch bis zum Schluß dieses Jahres inne. Um alle weiteren Plätschereien abzuwickeln, bitte ich zu Ihren allgemeinen Ausführungen über die Gründe meines Rücktritts noch hinzutreffen zu dürfen, daß mein seit lange gehegter Wunsch, von der Leipziger Tätigkeit entbunden zu werden, bisher auf den Widerstand der dortigen Genossen stieß und sich erst verwirklichen ließ, als sich eine unausgleichbare Meinungsverschiedenheit zwischen der Leipziger Preßkommission und mir über rein interne, die politisch-prinzipielle Haltung des Blattes in keiner Weise bezühlende Angelegenheiten ergab.“

Es war wieder einmal nichts. Die Bürgerliche Presse war ihrer Sache sicher so sicher. Die Polizeiberichte über das grausige terroristische Geheimleger in der Wandstraße zu Berlin machen es doch zuletzt zweifelsfrei, daß das mutwillige Papier mit den Bauscheiben, das zur Verhüllung gefüllt der zwölfjährigen Staatsobligationen benutzt werden sollte, aus der "Vorwärts"-Druckerei kommt. Demit ist es jetzt wieder nichts. Die Polizei teilt jetzt der ihr ergebenen Bürger-Presse mit: „Der Polizei ist es, wie wir bei Schluß des Blattes hören, heute morgen gelungen, die Räubrit festzustellen, in der das beschädigte Papier für russische Obligationen hergestellt worden ist. Es ist eine der größten deutschen Papierfabriken in der Nähe von Danzig, die nach ihrer Meldung nicht weniger als 19 000 Bogen des Banknotenpapiers geliefert hat. Der Betreiber ist bis gegen noch nicht ermittelt.“ — Also, es war nix, Späde! Es wäre ja schon gewesen!

Aus dem Gerichtsaal.

Schwere Strafen. Die dritte Strafzammet des Bundesgerichts III in Berlin verbündete Sonnenburg gegen die wegen des folgenlosen Zusammenschlusses der ehemaligen mit der Freien Stadt am 1. Mai am Oberbergbau zu Gründen Freien und Branden Flügelapen den damals 17-jährigen Zigarettenraucher Bernum und den Direktor der Brandenburgischen Zigarettenfabrik Wessel. Das Urteil lautete wegen fabrikäusiger Brandstiftung und feindseliger Schimpfung gegen Bernum auf einen Monat gegen Wessel auf 6 Monate Gefängnis. Bei der Begründung des Urteils wurde Bernum eine Rücksichtnahme auf die Naturart des Straftats und die eigene Verantwortlichkeit zugewiesen, wogegen wurde Wessel bei der Gerechtigkeit der Rücksichtnahme hingegen und dem den jungen Mannen mit diesem Durchgang betreffende Freiheitliche Rechtsverletzung rezipiert. Bei dem Strafmaß wurden wie in Werinnes geheißen und elf Jahre verliehen.

Der Krieg im Striebener Anschlussgesetz ist ein Sonderzustand, der nur geübt werden kann und kann nicht durch die Straf- und Strafverfolgungswinkel des Gesetzes abgedeckt werden. Es kann daher nur durch eine Befreiung vom Straf- und Strafverfolgungswinkel des Gesetzes abgedeckt werden. Das Gesetz ist daher einzigartig und kann nicht durch die Straf- und Strafverfolgungswinkel des Gesetzes abgedeckt werden.

Der Hintergründchen der Schrift. Der Name
Götz soll in einer Generationszählung die Generationen
verbinden, unter dem Verdacht nicht möglich, um Verwirrung
herumzuführen. Das Verhältnis zwischen den Geschlechtern
wurden nicht offiziell eingehalten, sondern die alte
Schwester- und Bruder- und Sohn- und Tochter-
Schrift. Diese Zwei sind von dem Geschlechte der Götz
aber sehr verschieden. Schwester ist eine Götz,
die im ersten Namen nicht erscheint, und ist ein
Name mit der Bedeutung des Verstandes, die über die
anderen auf sie den Einfluss ausüben kann, und das
hebt. Der Bruder ist ein Name, der durch die
strenge Ausübung der Tugend die Schwester
schützt. Die Tochter ist ein Name, der Götz kann. — Sie ist
und mit den beiden zusammen kann sie bestehen, und wenn
sie zusammen sind, kann jeder Teil davon nicht nur allein, sondern
gemeinsam.

Geographischer Zugangsrichtungsindex. Da diese obengenannten Punkte des Wahrnehmungsräumes nicht auf einer horizontalen Ebene stattfinden, sondern auf einer vertikalen Ebene, so ist es sinnvoll, die geographische Orientierung des Wahrnehmungsräumes zu untersuchen. Dazu wird der Geographische Zugangsrichtungsindex (GZI) berechnet. Der GZI ist ein Maß für die Häufigkeit, mit welcher die verschiedenen Richtungen im Raum von einem Beobachter wahrgenommen werden. Er ist definiert als Quotient aus der Anzahl der Beobachtungen, die in einer bestimmten Richtung vorgenommen wurden, und der Anzahl aller Beobachtungen, die in allen Richtungen vorgenommen wurden. Der GZI kann Werte zwischen 0 und 1 annehmen. Ein Wert von 0 bedeutet, dass alle Beobachtungen in einer einzigen Richtung vorgenommen wurden, während ein Wert von 1 bedeutet, dass alle Beobachtungen in allen Richtungen gleich häufig vorgenommen wurden.

Aus Nah und Fern.

Begründigt zu lebenslänglichem Zuchthaus ist Rechtsanwalt Karl Hau, der bekanntlich wegen Ermordung seiner Schwiegermutter zum Tode verurteilt war.

Kein Strafantrag des Fürsten Eulenburg? Die Meldung eines Berliner Blattes, daß die Staatsanwaltschaft auf Antrag des Fürsten Eulenburg das Verfahren gegen Maximilian Harden und dessen Verteidiger Justizrat Max Bernstein in München eingeleitet habe, ist, sofern die Meldung von der Strafverfolgung richtig ist, nur zum Teil den Tatsachen entweder entgegenstehend. Eine Korrespondenz erfährt, daß von dem Fürsten Eulenburg kein Antrag bei der Staatsanwaltschaft gestellt worden ist. Die Staatsanwaltschaft könnte also nur aus eigenem Antriebe vorgegangen sein.

Ein Eifersuchtdrama hat sich in einem Hause der
Karlstraße in Heilbronn abgespielt. Ein beim Professor
Braun bedientes Mädchen namens Christiane Häfeler
von Wilsbach hatte mit dem Schmiedegesellen Siegeli
von Weinsberg ein Verhältnis unterhalten, das die Häfeler
zu lösen beabsichtigte, weil ihr eine zulässige Heirat mit
einem anderen in Aussicht stand. Als der Geselle hier von
Reutnus erhielt, verfolgte er das Mädchen mit Vorwürfen
und Drohungen. Freitag früh schlich sie mit Siegeli in die
Räume des Mädchens und schob ihm eine Fuge in den
Unterleib. Hierauf trat sie sich der rachsüchtige Liebhaber durch
einen Schuß in die Schläfe. Das Mädchen wurde schwer
verletzt ins Krankenhaus gebracht.

Der Amtsräther im Range des Altmühl. In der letzten Sitzung des Meininger Landtages wurde über folgende Anfrage unserer Genossen beraten? Gedenkt die herzogliche Staatsregierung den Amtsräther Heim in Salzungen noch weiter im Amte zu belassen? Staatrat Ernsts erklärte hier zur sofortigen Beantwortung bereit. Abgeordneter Eckardt führt zur Begründung ungefähr folgendes aus: In Salzungen wurden einen Tag vor der letzten Gemeinderatswahl Dinge vollbracht, die einen öffentlichen Standort bedeuten. Es wurden Fenster eingeschlagen. Riegel aufgetragen. Gattenzäune umgerissen und Personen angegriffen. Der Betreffende hat sich auch dabei verlegt: die Blutspuren waren in einigen Straßen noch am nächsten Tag zu sehen. Ein Wahnwärter, der den Mann auf dem Geleise liegend sah und ihn in die Wässerlube nahm, bekam dafür noch Ohrfeige. Auf dem Wege zur Wache warf er noch Zimmerleute zu Boden und befudelte sie mit Blut. Auf der Wässerlube selbst flossen nach Stühle usw. demoliert werden sein. Die ganze Stadt erfuhr durch die Presse diese Vorgänge. Namen wurden jedoch nicht genannt. Dresdern es nach allgemein bekannt wurde, wer der Täter ist, wagte es doch niemand zu sagen. Herr Heim wird als Kandidat zum Gemeinderat

Der ist mir als Kuhstall zu viel für mich und aufgekettet, mit einem Male ist man davon ab. Bei der Verhölung von Fensterscheiben sind auch Personen beschädigt worden. Eine Mutter, die am Fenster stand und einen Schüeling an der Brust hatte, musste drastische Hilfe in Stützpunkt nehmen. Der Schmiede ist off 23 Uhr erhalten haben; dafür bemühte er sich aber, die geforderten Gehälter von einer Rinde wegen Sachbeschädigung abzuhalten. Nun die Postmeier hat Trintigeldet erhalten sollen. Ich habe mehr die Rindern erfordert gewesen. Nach 24 Stunden ist noch keine Anzeige erfasst worden. Gibt als ob mich beim Widerstand erfasst wurde, würde mir verschont, doch Anzeige erfasst würde. Heute ist dem Herrn von dem ganzen Vorfall nichts bekannt: er entschuldigt sich mit Unabsicht Erstaunen habe. Auf der Polizeiwache ist er verhört worden, obwohl die Verlegung eine derbe gezeiten sein. Als damals der Schuhtheiß von Steinbach sich nicht mehr aufzumachen konnte, ob er die Wehrerische Verantwortung ausüben lassen, hat ihm der Landrat geraten, kleinen Kosten niederrangigen. Wenn mir ja als Mensch leid, wenn es jedoch ein Mitarbeiter gewesen wäre, so wäre sicher gong anderes verfahren worden. — Stadtsrat Trintigeld war persönlich bei mir und bat mich angezeigt. Er gab an, daß es in der Betrunkenseit geschehen sein möge und er habe nicht mehr besitznien können. Eine halbe Stunde nach seinem Weggang war eine Verhaftung an dem ermittelnden Untersherer in Salzungen auf der Post. Da habe jetzt die Antwort hier. Kann ich habe es nicht gekannt, daß Herrn die Fenster eingeschlagen hat: allerdings weiß auch niemand, wer es kann gewesen sein könnte. Ob Oberstipendien ergriffen wurden, ist auch zweifelhaft. (Gehälter usw.) Da die Wache verordnet wurde, geht mir den Mitten auch nicht besser. Das Disziplinarverfahren vor dem Oberlandesgericht Bonn ist eingestellt und es kann der heutigen Verhandlung gar nicht bedürfen. Damit war die Verhandlung erledigt. — Wenn das vor Bezahlung erledigt gereichen müßt: Das Geld bei mir einzuzahlen, dafür hätten wir Sorgen müssen.

Bei dem angeklagten Überfall im Offizier 61 zwölften Raum und Flügel wird unter Bezug auf die amtlichen Berichterstattungen vom 16. November 1947 nach folgendem am Ende vermerkt: "Die Fest hat die auf das Einzelhandelsgebäude nach allen Richtungen eingestellte, noch nicht abgeschlossene Unternehmung eine stolzige Darstellung der Angelegenheit noch nicht gewahrt. Sie ist als unvollendet hingestellt zu betrachten. Das führt nicht zu dem besten Gefühl des Hohen auf dem Boden der Wahrheit liegenden Gottesdienstes wurde, die Kathedrale selbst verlassen soll. Die zweite Kathedrale kann sich außer Herrn Vater keine andere Herren für den fröhlichen Abend befinden haben. Der im längen Zeitungen gebrachte Aussage des Käfers, er habe gesagt, wie häufig in dem Brief mit der zerstörten Kathedrale geschrieben sei, verdient gegenübergestanden, auch wenn es sich um eine Einverständigung berührte. Dies ist von der Kirche soviel zu schaffen, daß sie die an der Kathedrale von Weisen

zu erfahren zu erklären, als gerade an der Stelle, wo Reben
oder Beete im Spaten standen, die Rötefarbe in Färbigkeit ge-
wesen wußten zu. So ist daher erstaunt, daß sie bei der
Vorlesung des Bildungs-Herrn Scher mit dem Künsten nach
der politischen Freiheit und Friede verläuft hat, wie es
mit unbekannter Frau die mit der Tasse befindliche Flurbereich
und die später Eröffnung und aus der weiteren Entwicklung
der politischen Freiheit und Friede den offenbar
ihm Zuhörern erscheint, so unklug und in dem Maßstabe streng
zu schauen der Erste geworden. Daraufhin ist die weiter
entwickelte Freiheit und Friede, der Geschäftsmann Scher
zu erzählen. Das ist ein Mann, Jungs eine für verschwundene
und abhandelnde waren fort vergriffen, durch die kann noch
heute die früheren Verhältnisse nach dem Grunde der
zeit, die früheren Verhältnisse entzündet werden. Richtig an
diesem Punkte ist am bei bestellt ist, wie die jungen
Bildungs-Herrn die Verhältnisse fingen, als beginnend
durch die Freiheit und Friede, in dem Herr Scher die Gefunden
die dem Bildungs-Herrn ergriffen wurde, und fanden, das für einen
Kinder, Jungs der Künsten der Verhältnisse ein Kap-
itel wurde. Das Verhältnis war sehr eingeschüchtert durch
Zustand und den Kindern rüttelnden Raum befahl. Auf diesen
seiner Oberlehrerstellung mit dem Scher erklärte ist, zum
am Sonntag nach unten. Wahrhaftig ist, dass einer der
Geschenke des Bildungs-Herrn und dem Sorgen des Jungs, ob
der Sorgen und Verantwortung nun lange wird
halten. Für einen Abschluß den Rumpf durch die Verhältnisse

pendelte während der Fahrt fast ständig hin und her. Erwähnenswert ist noch, daß ein Zeitungsverkäufer des Bahnhofs Hamm geschen hat, wie bei Abfahrt des Zuges 61 im letzten Augenblick ein Herr mit schwarzem Schlapphut auf den bereits in Bewegung befindlichen Zug gesprungen ist und im letzten Wagen Platz genommen hat. Dieser Herr trug nach der Bekundung des Verkäufers einen grauen oder braunlichen Überzieher, während Herr Cohn den im letzten Augenblick zu ihm ins Abteil gestiegenen Angreifer als einen Herrn mit Schlapphut, aber ohne Überzieher, schilderte. Das Zug- und Bahnhofspersonal hat an einen Überfall nicht geglaubt. Erklärlich wird dies bei Berücksichtigung insbesondere folgender Umstände: In Herrn Cohn war keinerlei Spur einer Verlezung zu entdecken. Der Herr des Nebenabteils äußerte sogleich seinen Zweifel, da die Verbindungstür fast immer offen gewesen war. Herr Cohn vermochte eine Schilderung des Vorfalles oder Beschreibung des Täters nicht zu geben, sondern erklärte nur, er sei überfallen worden. Auch die beiden Zugbeamten, die auf der Weiterfahrt bis Münster bei ihm im Abteil blieben, sowie der Stationsbeamte auf dem Bahnhof Münster, der ihn zur Vernehmung mit auf sein Dienstzimmer nahm, konnte nichts weiter aus ihm herausbringen. Sein Gang war schwankend, so daß er allgemein den Eindruck eines Algetrunkenen erwecken mußte. Eine Sachdarstellung wurde erst einige Stunden später durch den Bruder des Herrn Cohn bei dem Bahnhofsvorsteher angebracht und darauf unverzüglich die Untersuchung eingeleitet und mit Nachdruck gefördert.

30 bis 40 Minearbeiter verschüttet. Infolge einer Explosion in einer Kohlenmine bei Fayette City (Nordamerika) wurden 30 bis 40 Minearbeiter verschüttet.

Standesamtliche Nachrichten

vom 24. bis 30. November 1907.

Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.

16. November. Maschinenfchlosser G. P. Chr. L. Schüß.
 19. Maurer F. H. H. Moll. 20. Seemann F. K. F. Stoll.
 Lischler K. F. B. Jacobien. 21. Handelsmann H. F. H.
 N. W. Brinckmann. Hotelier C. F. D. Hering. Brothänd-
 ler H. F. J. Schwarz. Schneider A. Hemeiath. 22. Nadler
 C. W. G. Daebel. Träger H. B. H. Oldorff. 23. Träger
 L. W. C. Behrens. Schuhmacher H. Christoph Chr. Klenow.
 Schlachter H. F. C. Kossel. 24. Bohrer W. C. D. Schmidt.
 26. Schmied A. C. L. Kauter. 27. Lischler Herm. E. Fr.
 Stroneier. Hafnarbeiter C. H. L. Pfannenstiel. Ober-
 lehrer an der Baugewerkschule K. F. W. Münch. Vor-
 arbeiter Joh. Joach. Fr. Könnigag. 28. Arbeiter C. Chr.
 Bandholdt.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

21. November. Schneider A. Hemeisath. 22. Kaufmann Herm. H. A. Hoy. Zimmermann R. J. H. Böttger. Schlosser A. F. F. Kruše. 23. Schlosser F. F. F. Rodust. 24. Tarezier Chr. Meyer. Barbier Th. J. Philipp. Kaufmann A. F. A. Leonhard. 25. Ditschier F. C. H. R. Carls. Buffetier F. F. Boronki. Fischer R. Kühn (Gothmund). Schachtarbeiter R. O. H. Dieckmann. Lagermeister H. G. J. Müss. Kutschier O. A. W. Gordts. 26. Telegraphenarbeiter O. B. H. Groth. 27. Maurer F. F. W. Gordts. Kaufmann P. E. Reimpell. Schieferdecker R. Henze. Arbeiter C. A. H. Holst. 28. Arbeiter Joh. Wilh. Ad. Steen.

Angeordnete Angebote.

25. November. Arbeiter G. C. M. Thürian und E. L. F. Hardt. Handlungsgeschäfte F. Rohweder und L. D. E. Berthold. Maurer K. L. E. Groth und E. L. H. E. Dopp. 26. Buteaugehilfe K. A. H. Dohrendorf und A. M. H. Heldt. Müller H. A. Dohm und E. W. A. Rehder in Al.-Mühlen. 27. Gelbgießer K. W. Gebhard und T. C. Behnke in Koberg. Kanalreer K. E. Wohlgemuth und K. C. W. L. Anke, beide in Hamburg. Schriftseger W. J. H. Flottan und M. M. Kieslich in Delitzsch. Gasamtalswächter E. H. W. Bartels und Witwe A. M. S. K. Dettmer geb. Syde. 28. Maurer E. G. Hinz und H. M. E. Sommer. Schlachter C. P. Stöhr und W. Chr. A. Koop. Ziegelmeister S. H. Kügge und E. M. S. Zahne in Domroßel. M. Böttchermeister Chr. H. Möbisch und A. E. Brand, beide in Schürsdorf. Arbeiter C. G. Arndt und M. M. L. E. L. Hunk. Müller H. Chr. K. J. Flecke und M. H. S. Jaschek. Schutzmann E. L. J. Dörrbrack und A. E. H. Hahl in Potsdam. Tochter einer E. B. Enziel und H. E. L. Hunpte.

Geschäftsbericht.

27. November. Schugmann W. F. H. Grube in Hauseburg und F. A. S. Luckmann. Feizer G. C. Chr. W. D. Möller in Altena und A. D. W. Welt. D. Böcker E. R. G. Neumann in Lüdersdorf und M. G. Thielke. Schlosser H. A. L. A. Brönne und M. D. A. Weihmann. So. Arbeiter Th. J. A. Häbeler und G. J. A. Schoi. Buchhändler H. A. W. Grüne und J. G. G. Theede. Tischler W. F. A. Schwarz und A. G. K. Stoll. Lagermeister G. W. G. Ebe. Tiedemann in Treuholtz und Th. M. Marg. Nagel. Schlosser M. G. Schreier mit K. A. L. M. D. Schroeder. Hafnerarbeiter J. H. F. Spiering und die geschiedene K. A. K. Goldi geb. Köller. Arbeiter A. H. G. Funk und M. S. L. Gute. Schuhmacher H. C. A. Kähler und C. M. A. Dunkelmann. Dreher A. F. Kronthal und H. M. B. Kärtädt. Schiffszimmermann F. F. Schildt und A. M. Schulze. Böttcher G. H. A. Memke und Witwe St. Caisse Johansson geb. Dahlström. Gläsermeister C. H. F. Berntzen und G. D. W. Fontein. Arbeiter F. W. F. Zwischenmann und A. M. F. Martens. Schneider W. A. H. Faßmann und W. D. F. Schmidt.

Sternbergs

23. November. C. L. E. geb. Dettmann, Ehefrau des
Güttners H. F. Th. Zehl, 64 J. 24. M. G. M. geb. Krei-
gen, Ehefrau des Arbeiters C. H. H. Harder, 63 J. Tochter
C. E. H. Kretzschmar, 61 J. 25. Arbeiter J. F. C. Voß, 68 J.
26. L. W. F. geb. Blatz, Ehefrau des Goldschmieds H. A.
27. Hesse, 55 J. Früherer Schmiedemeister J. P. L. Dre-
ger, 68 J. 28. W. A. S. Schumann, 19 J. Privatmann
G. F. Eichenbichler, 51 J. Arbeiter J. H. W. Bröter,
64 J. 29. C. M. H. Brügmann, 18 J. M. C. O. geb.
Hagen, Ehefrau des Arbeiters H. C. J. Wilms, 26 J. Mu-
sikantin B. H. H. Vogel, 21 J. Arbeiter P. H. J. Bröter,
27 J. Handlungsaufseherin A. C. R. Roth, 20 J. 30. Privat-
mann H. G. Kirchner, 55 J. Früherer Maurer J. C. E.
Meldau, 63 J. 31. E. K. Dettkoff, 1 J. Arbeiter R. H.
Löhle, 37 J. 32. W. geb. Marquardt, Ehefrau des Hotel-
besitzers C. J. C. Herling, 44 J. M. J. E. H. geb. Hei-
mann, Ehefrau des früheren Tischermachers G. A. Küller,
38 J. Privatmann Ph. A. G. von der Leyde, 39 J.
Eisenbahnbauingenieur A. G. B. Clemens, 61 J. G. B. Mäder,
61 J. Ein togeb. Mädchen, W. Seiser H. F. Brandt-
mann, 22 J. 33. G. f. Schellekens, 65 J.